Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, 22. Juli 1930** | **10. Jahrgang • Nr. 169**

Gegen Polizeiterror kämpft Mansfeld weiter

Harnack-Truppen hausen im Streikgebiet wie in Feindesland — Streikpostenstehen verboten
Bürgerkriegsmanöver gegen die Arbeiter — Trotz allen Terrors, trotz aller Verwirrungsmanöver der Bonzen Streikfront gestärkt, Streikbrecher vertrieben

Demonstriert gegen den verschärften sozialfaschistischen Polizeiterror im Mansfelder Lande!

(Eig. Drahtm.) **Eisleben**, 22. Juli.

Im ganzen Streikgebiet ging die Polizei heute morgen

gegen alle Streikposten verschärft vor, um sie zu verjagen.

Die Polizei riegelte die Zugangsstraßen zum Vitztumschacht ab. Sie hält dieselben besetzt und erklärt den Streikposten, daß sie sich auf den Artikel 48 stützt, wonach es kein Streikpostenstehen mehr gäbe!

Verschiedene Polizeibeamte erklären an verschiedenen Punkten des Gebietes, daß sie Anweisung haben (offenbar vom sozialfaschistischen Regierungspräsidenten v. Harnack), jede Ansammlung von Streikposten zu verhindern.

Am schärfsten ist der Polizeiterror im Hettstedter Gebiete. Die Polizei geht unter Verwendung von Polizeihunden, mit Karabinern bewaffnet, mit äußerster Brutalität vor.

Ueberall dort, wo Arbeiter auf Streikposten stehen, sucht man sie auseinanderzutreiben. Frauen werden mit Füßen getreten, um sie zum Laufen anzuhalten, vorbeifahrende Arbeiter von den Fahrrädern heruntergerissen und verprügelt. Wer ruhig weitergeht, wird geschlagen, damit er läuft. — Gegen die Höhen, auf denen sich die von den Straßen vertriebenen Arbeiter aufhalten, gehen große Polizeigruppen regelrecht kriegsmäßig in Schwarmlinie vor.

Die Sozialfaschisten, denen diese Polizei untersteht, leiten nicht nur durch ihre Regierungspräsidenten und Landräte den Terror gegen die Streikposten, setzen sich nicht nur mit äußerster Brutalität über ihre eigene „heilige" Reichsverfassung, über das Versammlungs- und Koalitionsrecht hinweg, — sie haben auch in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsbonzen durch die Zurückziehung der gewerkschaftlichen Streikposten, wie ein hallischer Kriminalbeamter gestern offen bemerkte, die Polizei ausdrücklich zum Vorgehen gegen die Streikposten (darunter ihre eigenen, unter Führung der RGO. weiter auf Streikposten gehende Verbandskollegen) legitimiert.

Der sozialfaschistische Polizeiterror ist aber nur ein Teil der allgemeinen Verratspolitik an diesem Streike. Der Empörung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter über den Verrat vom vorigen Mittwoch hat man äußerlich Rechnung zu tragen gesucht durch die Erklärung, daß der Streik weiter gehe.

Aber gleichzeitig sucht man die rückständigen Arbeiter durch widersprechende Parolen zu verwirren und kapitulationsreif zu machen, läßt sozialdemokratische Funktionäre als Streikbrecher in die Betriebe gehen, zieht die eigenen Streikposten zurück und läßt die organisierten Arbeiter, die weiterhin ihre proletarische Pflicht erfüllen, von der eigenen Polizei zusammenschlagen.

Was diese Verräter, nachdem ihnen der unmittelbare Streikabbruch mißlungen ist, nun anstreben, ist offensichtlich ein Zusammenbruch des Streikes durch ihre Untergrabung der Kampffront, Verwirrung der Kämpfenden und Entfesselung des Polizeiterrors, in welchem Falle die Bonzen dann die Verantwortung für die Folgen ihrer Verbrechen auf die Arbeiter abschieben würden.

Dabei deckt sich ihr Bestreben mit dem der Mansfeld A.-G., die die Verschleppung der Subventionsverhandlungen offensichtlich in der Hoffnung auf einen Zusammenbruch des Streikes und Durchführung des 15prozentigen Lohnabbaues durchführt.

*

Aber die Herren werden sich schneiden.

Die Mansfeld-Arbeiter denken nicht daran, in die Betriebe zurückzulaufen,

sie denken aber auch nicht daran, den Streik bloß um die Erlangung der Subventionen der Mansfeld A.-G. unter Führung der Bonzen weiterzuführen.

Die Arbeiter streiken weiter bis zur Verhinderung jeden Lohnabbaues und Durchsetzung ihrer Forderungen. Sie streiken weiter unter Führung der RGO. und der selbstgewählten Streikleitungen.

Trotz allen Terrors ist es den Hettstedter Arbeitern gelungen, die Wohnungen der Streikbrecher zu kennzeichnen und sie so der öffentlichen Verachtung preiszugeben.

Die Streikbrecherzahl ist in Hettstedt von 50 auf 20 heruntergedrückt worden — ähnliche Erfolge wurden im übrigen Lande erzielt.

Die Stimmung der Streikenden ist glänzend — aller Terror der Sozialfaschisten hat ihren Kampfwillen nicht geschwächt, sondern nur gestärkt.

In Gerbstedt, Wimmelburg und anderen Orten haben von sozialdemokratischen Arbeitern stark besuchte Versammlungen dem Brief der Zentralstreikleitung an die Mansfeld A.-G. zugestimmt.

Mittwoch und Donnerstag werden die Mansfelder Arbeiter vor den Landratsämtern gegen den Polizeiterror demonstrieren und die Zurückziehung der Terrortruppen fordern. — Arbeiter Mitteldeutschlands, geht solidarisch mit ihnen vor!

Reichsbannerarbeiter beim Hindenburg-Rummel vom Hindenburg-Stahlhelm zusammengehauen

(Eig. Drahtm.) **Mainz**, 22. Juli.

Am Sonntag stieg der große „Befreiungs"-Rummel in Mainz in Anwesenheit des Stahlhelmprotektors Hindenburg, des Stahlhelms, der sozialdemokratischen Reichsbannerführer sowie des Reichsbanners. Der Stahlhelm, dessen Verbot von Otto Braun auf Hindenburgs Befehl erst vor drei Tagen aufgehoben worden ist, betätigte den „Frontgeist" gegen seine Reichsbanner-Kameraden.

Zahlreiche Ueberfälle von Stahlhelmern auf Reichsbanner-Angehörige zeitigten den Erfolg, daß am Abend etwa ein Dutzend Verletzte, davon zahlreiche mit schweren Messerstichen in Brust und Rücken, auf seiten der „feiernden" Reichsbannerleute zu verzeichnen waren.

Vor dem Kurfürsten-Palais, in dem Hindenburg wohnte, standen 2000 uniformierte Stahlhelmer Spalier und pöbelten die Reichsbanner-Demonstranten im Frontsoldatenton an. In allen Straßen, in denen das Reichsbanner Spalier bildete, zogen Stahlhelm-Abteilungen höhnend vorbei.

Einige Autos des Reichsbanners wurden auf der Fahrt von und zu den „Befreiungs"-Feiern von Stahlhelmern mit einem Steinhagel empfangen und zahlreiche Reichsbannerleute verletzt.

Manchem der von den sozialfaschistischen Führern zum Hindenburg-Rummel befohlenen Reichsbannerarbeiter werden bei diesem Empfange durch die auf Hindenburgs Befehl von Braun freigegebenen Stahlhelmer die Augen aufgegangen sein.

Verstärkt die Kampffront durch Ueberwindung ihrer Schwächen

Halle, 22. Juli.

Die fast einmütige Zurückweisung des reformistischen Verrats durch die organisierten und unorganisierten Arbeiter des Mansfelder Landes, die Tatsache, daß wir an Hand der Erfahrungen des Kampfes unseren Masseneinfluß und unsere Organisationen nicht nur festigen, sondern auf ganz neue, bisher von den Sozialfaschisten irregeführten Arbeitergruppen erstrecken, zahlreiche organisierte und selbst sozialdemokratische Arbeiter der roten Front eingliedern konnten,

diese Tatsachen beweisen aufs eindringlichste die Richtigkeit der vom Weddinger Parteitag festgelegten Linie der Partei auf Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch selbständige Führung der Massenkämpfe.

Schon heute kann gesagt werden, daß der Mansfelder Kampf einen ungeheueren Fortschritt in der politischen Klärung, Revolutionierung und Organisierung der breitesten Arbeitermassen im Mansfelder Lande und weit darüber hinaus bedeutet. Diese Festigung und Verbreiterung der revolutionären Front ist die beste Garantie für die entschlossene Weiterführung des Gegenangriffs gegen die Ausbeuteroffensive, für die Führung von Streiks auf breitester Basis weit über den Rahmen des Mansfelder Landes hinaus,

für die Organisierung des politischen Massenstreiks gegen die Kapitalsdiktatur.

Aber diese Feststellungen entheben uns nicht der Pflicht, schon heute, während des Kampfes, alle Arbeiter auf einige Schwächen unserer Front aufmerksam zu machen, damit diese Schwächen überwunden und der Kampf der Mansfelder Arbeiter erfolgreich weitergeführt werden kann.

Diese Lehren sind auch bedeutsam für die anderen Arbeiter unseres Bezirkes, die überall vor denselben Aufgaben stehen, deren Lösung Mansfeld in vorbildlicher Weise in Angriff genommen hat.

Wir müssen hier vor allem feststellen, daß — so gewaltig unser Masseneinfluß in den letzten Tagen und Wochen gestiegen ist — wir noch lange nicht alles mögliche getan haben, um diese Steigerung des Einflusses auch voll zur Geltung kommen zu lassen. Selbst im Mansfelder Lande gibt es noch Ecken, die während der ganzen bisherigen Streikdauer vernachlässigt wurden (wie etwa Augsdorf) und wo wir erst heute mit der wirklichen politischen Aus-

Kuhhandel um Einheitsfront der Reaktion

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Juli.

Die verschiedenen Rechtsparteien und Gruppen bemühen sich, im Wahlkampf halbwegs gut abzuschneiden und durch Listenverbindung zu einheitlichem Wählerfang zu kommen. So hat die Volkskonservative Vereinigung als Spitzenkandidaten Treviranus und Lindainer-Waldau aufgestellt und im übrigen beschlossen, „im Interesse der Sammlung aller rechtsstehenden Gruppen die weiteren Plätze der Gruppen einstweilen offen zu lassen".

Das Blatt der Berliner Finanzhyänen, die „Berliner Börsen-Zeitung", schreibt: „Die am Freitag letzter Woche eingeleiteten Verhandlungen stehen vielmehr günstig. Sie werden fortgesetzt und voraussichtlich noch Mitte dieser Woche zum Abschluß gebracht werden."

Außerdem berichtet ein Teil der bürgerlich-demokratischen Presse, daß Brüning an eine Sammlung aller bisher hinter der Brüning-Regierung stehenden Parteien zum gemeinsamen Vorgehen im Wahlkampf denkt.

Wie die Berliner „Rote Fahne" von absolut vertrauenswürdiger Stelle weiß, haben bereits vor der Reichstagsauflösung Vorbesprechungen zwischen Hugenberg und Hitler für den Fall einer Reichstagsneuwahl stattgefunden. Für Hitler sind damals schon bestimmte finanzielle Zusicherungen und die loyale Unterstützung der Hugenberg-Presse für die NSDAP. versprochen worden.

Blutige Straßenkämpfe in Kairo

(Eig. Drahtm.) **Kairo**, 21. Juli.

In Kairo sind schwere Straßenkämpfe im Gange. Nach den neuesten Meldungen, die noch nicht bestätigt sind, sollen 18 Personen getötet und etwa 250 verwundet sein. Auch aus der Provinz werden starke Unruhen gemeldet. Suez und Port Said forderten Militär an. Die Parlamentswache ist durch ein starkes Militäraufgebot von 500 Soldaten mit Gewalt entfernt worden. Die Immunität der Abgeordneten wurde aufgehoben.

Neue Artikel-48-Verordnungen fertig

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Juli.

Einer TU-Meldung zufolge hat die Brüning-Regierung Hindenburg die entsprechenden Vorschläge zum Erlaß neuer Notverordnungen gemacht. Am Freitag sollen diese verkündet werden. Sie werden zweifellos noch ungeheuerlichere Raubvorschläge enthalten als das bisherige Raubprogramm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0001

einandersetzung mit den sozialdemokratischen Arbeitern beginnen. Man kann natürlich nicht in Stunden nachholen, was in Wochen versäumt wurde — und mögen solche Fälle im Mansfelder Lande selbst vereinzelt dastehen; für unseren übrigen Bezirk, wo sie leider durchaus nicht vereinzelt sind, sind sie eine sehr ernste Mahnung, schon heute alles mögliche zur Aufrüttelung der breitesten Massen für den Kampf zu tun, damit die Voraussetzungen für die Verwirklichung unserer Führung in den unvermeidlich kommenden Kämpfen möglichst günstig gestaltet werden.

Man darf nicht glauben, daß Schwächen in der Massenerfassung nur an unseren organisatorisch schwächsten Punkten auftreten. Nehmen wir z. B. einen Ort wie Eisleben, der organisatorisch einer unserer allerstärksten Positionen im Mansfelder Lande darstellt und in den ersten Kampfwochen zweifellos an unbedingt führender Stelle stand. Offenkundig steht auch in Eisleben die große Mehrheit der organisierten und unorganisierten Arbeiter hinter uns und folgt unseren Parolen. Aber trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich dieser unser Einfluß im Kampfe gegen die Mansfeld A.-G. und ihrer Trabanten in nicht so bedeutsamen politischen und organisatorischen Erfolgen auswirkt, wie etwa in Hettstedt, daß unser Einfluß insbesondere auf die Massen der organisierten Arbeiter vielleicht ebenso groß — aber noch lange nicht so fest organisatorisch verankert ist, wie dort. Und wer die Verhältnisse näher kennt, wird anerkennen, daß das im wesentlichen an einer gewissen Abgeschlossenheit der revolutionären Elemente in Eisleben liegt, die ihre Kräfte in einem außerordentlichen Maße im eigenen begrenzten Kreise einsetzen,

statt sie in die breitesten Massen der organisierten Arbeiter hineinzutragen und diese mitzureißen.

Eine solche Abgeschlossenheit muß unvermeidlich, in Einzelfällen sogar zu bedenklichen Erscheinungen und selbst zu einer Lockerung der Kampffront führen. Der Zusammenhang zwischen Revolutionären stützt sich auf die Gemeinsamkeit der Auffassungen und des Handelns, die wir in die breiten Massen tragen und auf diese übertragen — nicht aber auf einen vereins- oder gar gruppenmäßigen Zusammenhalt, persönliches Feundschaftsverhältnis u. dgl. Die Beeinträchtigung des gemeinsamen Handelns durch derartige sektiererische Tendenzen der Abgeschlossenheit äußert sich durchaus nicht nur in großen Aktionen, sondern auch in organisatorischen „Kleinigkeiten" (wie Wahl des Lokales, der Treffpunkte usw.), die scheinbar untergeordneten Charakter tragen, aber wesentlich dazu beitragen können, die Verbindung mit den zu uns neigenden Massen organisierter und sozialdemokratischer Arbeiter und so deren aktive Einbeziehung in den großen Kampf zu erschweren.

Schwerer aber noch als solche Mängel wiegt ein gewisser Mangel an Selbstvertrauen, den wir gelegentlich feststellen mußten und — wenn auch glücklicherweise nur in einzelnen Fällen — noch heute beobachten können. Die erste Voraussetzung, um die Massen zum Siege zu führen, ist die, daß jeder Funktionär der Revolutionären Opposition selbst an den Sieg — und das bedeutet zunächst an unsere Fähigkeit zur

Weiterführung des Kampfes auch gegen den offenen Verrat der Bonzen

glaubt. Wir wollen hier nicht von pessimistischen Stimmungen sprechen, die ja bemerkenswerterweise kaum aufgetreten sind und überall rasch überwunden wurden — aber solche „Kleinigkeiten", wie Versorgung der Küchen mit Lebensmitteln für eine nur beschränkte Zeitdauer beweisen doch, daß nicht alle Funktionäre der Bewegung über die Möglichkeiten und Aussichten der Weiterführung des Kampfes vollständig klar waren. Und vor allem:

Es genügt nicht, unsere richtigen Auffassungen über die Linie des Kampfes in die Massen zu tragen und deren Zustimmung dazu zu gewinnen — es kommt vor allem darauf an, den Massen praktisch zu helfen, diese Linie organisatorisch in die Tat umzusetzen.

Die Führung des Kampfes liegt selbstverständlich in den Händen der Zentralstreikleitung der Mansfelder Arbeiter, deren tragende Kräfte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die Kommunistische Partei sind — aber die Verwirklichung unserer richtigen Kampfstrategie und Taktik vollzieht sich natürlich

durch das Handeln vieler Hunderte von Funktionären in den verschiedenen Betrieben und Ortschaften.

Die richtigen Beschlüsse werden lebendige Wirklichkeit des Klassenkampfes, indem die Massen aktiver Anhänger der RGO., vor allem natürlich die Mitglieder der örtlichen Streikleitungen und die Funktionäre der Partei,

sie in all den tausend Situationen des täglichen Kampfes, den jeweiligen Verhältnissen angepaßt, konkret zur Durchführung bringen.

Das erfordert vor allem ein noch viel größeres Maß von persönlicher Initiative, von Mut zur Verantwortung, als sie in der bloßen schematischen Durchführung übermittelter Anweisungen zum Ausdruck kommen. Jeder einzelne muß — und wenn er einfacher Streikposten ist — das Gefühl haben, an seinem Posten der Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Streikstrategie zu sein und danach zu handeln. Im Anfange des Kampfes haben wir gelegentlich Fälle gehabt, wo rote Streikposten mit den Inhabern von „Notstandsarbeitsausweisen", d. h. Streikbruchkarten der Gewerkschaften zwar allgemein diskutiert, aber diesen Proleten doch nicht durch genügend energisches Handeln zum Bewußtsein gebracht haben, daß ihre Arbeit Streikbruch ist, so gut wie die des Stahlhelmers. Diese Dinge sind im großen und ganzen glücklicherweise überwunden — aber man muß gerade jetzt, wo es darauf ankommt, gemeinsam mit der großen Mehrheit organisierter Arbeiter offenen Streikbruch sozialfaschistischer Funktionäre (Betriebsräte und Bürgermeister) zurückzuschlagen, an sie erinnern.

Denn der eiserne Glaube jedes revolutionären Kämpfers an den Sieg, der eiserne Wille zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen gegen alle Hindernisse, die eiserne Energie, mit der das Gewollte in die Tat umgesetzt wird — das sind die besten Garantien für den Sieg der Mansfelder Arbeiter und darüber hinaus des ganzen deutschen Proletariats!

Die Tatsachen haben uns recht gegeben, haben die Demagogie der Feinde entlarvt und uns das Vertrauen der breitesten Arbeitermassen gewonnen:

Zeigen wir uns seiner würdig!

Die „Selbstachtung" der SPD.-Führer

Nach Aufhebung des Stahlhelm-Verbotes schrieb das Kölner SPD.-Organ, die „Rheinische Zeitung":

„Schon die bloße Selbstachtung verbietet es den rheinischen Arbeitermassen, sich mit diesen Gesellen zusammen an Befreiungsfeiern zu beteiligen."

Nun sind die Berichte von dem Rummel da. Beteiligt haben sich gemeinsam mit dem Stahlhelm die Severing, Hörsing, Breitscheid usw. Kommentar überflüssig.

Warum ist der Krieg unvermeidlich?

Ein Brief und eine Antwort

Wir veröffentlichen und beantworten eine sehr bemerkenswerte Zuschrift, die wir vor einigen Tagen erhalten haben und die gerade angesichts des bevorstehenden Antikriegstages außerordentlich bedeutsame Fragen aufrollt. Wir appellieren gleichzeitig an alle Leser unseres Blattes, insbesondere aber an die Arbeiter der kriegswichtigen Betriebe, uns möglichst umgehend ihre Mitteilung über die in diesem Briefe aufgeworfenen Fragen und überhaupt ihre Stellung zur Kriegsfrage mitzuteilen.

Halle a. d. S., den 18. Juli 1930.

Werte Redaktion!

Da im „Klassenkampf", den ich erst seit kurzer Zeit lese, immer sehr viel geschrieben steht über den kommenden Krieg, den ich mir gar nicht denken kann, möchte ich Sie bitten, mich doch einmal näher aufzuklären, warum Sie immer soviel vom Kriege schreiben.

Ich kann mir wahrhaftig nicht denken, wie man von einem Kriege schreiben kann, wo doch der Völkerbund da ist, wie es in unserer Verbandszeitung heißt. Der müßte doch den Krieg verhindern können. Und dann sind doch auch gar keine Anzeichen vorhanden, die Ihre Behauptungen beweisen. Ich meine, wenn sich zwei schlagen, dann muß doch ein Grund vorhanden sein. Der vorige Krieg wäre doch auch nicht gekommen, wenn der österreichische Thronfolger nicht erschossen worden wäre.

Und wenn das alles nicht so wäre, denken sie wirklich, daß da noch kann? Wo man uns die Truppenzahl vorgeschrieben hat, wo gar keine Waffen da sind, und die Flotte ist auch gar nicht mehr da. Mit was soll Deutschland Krieg führen?

Und wenn das alles nicht so wäre, denken Sie wirklich, da noch einer mitgeht. Ich behaupte, die haben alle die Nase voll, da werden sie wohl keinen mehr rauskriegen. Werden vorigen Krieg mitgemacht hat, geht nicht wieder mit, das ist meine Ansicht. Ganz und gar aber nicht gegen Rußland. Ich glaube, daß sich das die Arbeiter dreimal durch den Kopf gehen lassen, denn die Russen haben die Arbeiter in England, Deutschland und überall doch immer gut unterstützt, wenn gestreikt wurde, und das vergißt der Arbeiter doch nicht. Ich will Ihnen ganz gerne recht geben, daß es einmal wieder einen Krieg gibt, denn solange wie die Welt besteht, hat es immer Kriege gegeben, aber den nächsten erlebt keiner mehr von uns, das ist meine Meinung.

Und glauben Sie wirklich, daß die SPD. einen Krieg wieder mitmacht? Bei uns im Betriebe sind ein ganzes Teil SPD.-Arbeiter, und die sind auch meiner Meinung, uns kriegen sie nicht wieder raus. Wir haben alle genug.

Vielleicht antworten Sie mir einmal auf meinen Brief, ich wäre Ihnen sehr dankbar.

Im voraus bestens dankend, verbleibt Ihr

Emil Lange.

Unsere Antwort

Ihr Brief, den wir wegen seines allgemeinen Interesses öffentlich beantworten wollen, wirft, so kurz er ist, eine ganze Reihe prinzipieller Fragen auf, die nur im Zusammenhang beantwortet werden können. Wir wollen deshalb versuchen, diese Fragen systemazisch zusammenzustellen.

Erste Frage: Jeder Krieg muß einen Grund haben. Richtig — aber dieser Grund besteht durchaus nicht in äußeren Ereignissen, wie in der von Ihnen angeführten Erschießung des österreichischen Thronfolgers 1914. Solche Ereignisse sind höchstens der äußere Anlaß für den Ausbruch eines aus inneren Ursachen „fälligen" Krieges. Wenn das Kapital eines Landes einen Krieg für notwendig findet, finden sich Anlässe auch in Hülle und Fülle. Es kommt nicht auf die äußeren Anlässe an, sondern auf die inneren Ursachen des Krieges.

1914 bestanden sie darin, daß der deutsche Kapitalismus sich stärker und schneller entwickelte, als der der anderen kapitalistischen Länder, aber seine Entwicklung später begonnen hatte, so daß er bei der Aufteilung der Welt zu kurz gekommen war, sehr wenig Kolonien hatte usw. Das suchte er nun, wobei er sein Hauptaugenmerk dem Balkan und dem nahen Osten zuwandte, gewaltsam zu ändern, während die anderen imperialistischen Mächte mit allen Mitteln versuchten, einer Ausdehnung des deutschen Einflußgebietes auf ihre Kosten zuvorzukommen. Es ist natürlich kein Zufall, daß der Kriegsanlaß sowohl 1914 als bei den vorangegangenen Konflikten von 1909, 1912 und 1913, die bereits um ein Haar zum Kriegsausbruch geführt hätten, von den Balkankonflikten, des deutschen Hauptstützpunktes auf dem Balkan ausging. — Aber nicht diese Einzelzusammenstöße, sondern

das Lebensbedürfnis des deutschen Kapitalismus nach Neuaufteilung der Erde zu seinen Gunsten und das der anderen kapitalistischen Länder nach Verhinderung in der Neuaufteilung hat zum Kriegsausbruch geführt.

Aehnliche Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten bestehen auch heute, sogar in verstärktem Maße. (Man denke nur an das Verhältnis Amerika—England oder in kleinerem Rahmen Italien—Frankreich.) Aber noch bedeutsamer wie sie ist ein neuer Gegensatz, der

zwischen den kapitalistischen Ländern und der Sowjetunion.

Die Existenz des proletarischen Staates bedroht alle Kapitalisten der Welt in ihrem Profit, weil sie die proletarische Revolution in allen kapitalistischen Ländern und die nationalen Freiheitsbewegungen in den Kolonien stärkt, weil der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion ein Sechstel der Erde der kapitalistischen Ausbeutung entzieht. Darum ist es nur natürlich, daß die Imperialisten aller Länder bestrebt sind, dieses Bollwerk zu brechen,

ehe es zu spät ist, d. h. ehe es ihnen selbst an den Kragen geht.

Ihre Meinung, daß wir alle „den nächsten Krieg nicht erleben", ist deshalb falsch — denn wenn sich die Imperialisten nicht sehr mit dem Kriege beeilen, dann wird es angesichts der fortschreitenden Weltrevolution und des fortschreitenden sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion (der natürlich auch ein Aufbau der Kriegsindustrie ist) für die Kapitalisten zu spät sein. Und das wissen die Kapitalisten auch selbst ganz genau. Anzeichen für den bevorstehenden Krieg, wie Sie sie vermissen, sind in Hülle und Fülle vorhanden. Denken Sie nur beispielsweise aus der allerletzten Zeit an die faschistischen Umwälzungen in Rumänien und Finnland, die mit ausländischer Hilfe durchgeführt wurden und die keinen anderen Zweck verfolgen können als den, diese Länder noch mehr als Hauptstützpunkte für den kommenden Krieg gegen die Sowjetunion auszubauen. Denken Sie an die wüste Hetze gegen Sowjet-Rußland, die ununterbrochen von der ganzen bürgerlichen Presse einschließlich der sozialdemokratischen, von den Kirchen usw. durchgeführt wird. Da finden Sie in jeder beliebigen Zeitungsnummer eine ganze Reihe von „Anzeichen des kommenden Krieges".

Zweite Frage: Wird dieser Krieg verhindert werden können? In Ihrem Brief ist — wie in den Auffassungen vieler Menschen über diese Frage — ein gewisser innerer Widerspruch enthalten. Einerseits meinen Sie, daß es, weil es immer Krieg gegeben hat, auch in Zukunft immer Kriege geben wird, — andererseits erhoffen Sie von der Abneigung der Arbeiter gegen den Krieg und auch vom Völkerbund seine Verhinderung. Beide Sätze sind falsch. Wie wir oben anführten, ergeben sich die Kriege aus den Lebensbedürfnissen des modernen Kapitalismus, des Imperialismus.

Es wird also keine Kriege mehr geben, wenn die Arbeiterklasse aller Länder ihre Ausbeuter niedergeschlagen, mit dem Kapitalismus die Ursachen des Krieges beseitigt und den Sozialismus verwirklicht hat.

Bis dahin aber gibt es keine wirksame Verhinderung des Krieges — außer eben die proletarische Revolution. Ueber den Völkerbund brauchen wir nicht lange zu sprechen; er ist ein Bündnis zwischen imperialistischen Staaten, vertritt also ganz naturgemäß imperialistische Interessen und hat sich auch bei allen Gelegenheiten als Feind der Sowjetunion bewährt. Uebrigens hat er in seinen Statuten den Artikel 16, der sogar ausdrücklich die Bestimmungen für einen gemeinsamen Krieg der Völkerbundsstaaten gegen „Friedensstörer" (und das ist für die Kapitalisten natürlich immer die Sowjetunion) vorsieht.

Der Völkerbund ist also kein Instrument des Friedens, sondern des Krieges.

Was nun die Frage einer Verhinderung des Krieges durch die Abneigung der Arbeiter gegen den Krieg betrifft, so bitten wir Sie, sich an die ungeheure Hetze von 1914 zu erinnern. Eine noch viel tollere Hetze zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion wird heute schon getrieben, — was wird dann erst unmittelbar bei Kriegsbeginn folgen? Der bürgerliche Staat verfügt über mancherlei Zwangsmittel. Wer im kommenden Krieg sagt: „Da gehe ich nicht mit", wird entweder gewaltsam eingezogen oder — was noch viel möglicher ist — im Hinterlande zur Munitionserzeugung verwandt werden, wobei er (denken Sie an den Giftgaskrieg) **keinen geringeren Gefahren ausgesetzt sein wird als an der Front.** Dem Kriege für die Interessen ihrer Ausbeuter können sich die Arbeiter jedes Landes nur entziehen,

indem sie den Krieg für ihre eigene Freiheit beginnen, den Kampf gegen die Ausbeuter, die sie zum Kriege zwingen wollen, eröffnen und nach dem Beispiel der russischen Brüder bis zum siegreichen Ende durchführen.

Auf die Frage, ob sich Deutschland an einem Kriege beteiligen kann und welche Rolle die SPD. dabei spielen wird, werden wir Ihnen in einer der nächsten Nummern antworten.

Redaktion des „Klassenkampf".

Arbeitersportler von Nazis ermordet

In Koblenz am Rhein provozierten Nationalsozialisten einen Trupp Arbeiter. Während des Wortwechsels zog der SA.-Führer Liese plötzlich einen langen Dolch und stieß ihn dem vollkommen unbeteiligten Arbeitersportler Müller in den Unterleib. Der Schwerverletzte mußte sofort ins Koblenzer Krankenhaus überführt werden. Es konnte ihm jedoch nicht mehr geholfen werden, da durch den Stich die Leber in einer Tiefe von 6 Zentimeter aufgeschlitzt war und der Tod durch Verblutung eintrat.

Damit ist die Liste der von den Nationalsozialisten ermordeten Arbeiter um ein Opfer erweitert worden. In dem bevorstehenden Wahlkampf werden die Hitler-Banditen ihren Terror zu verschärfen suchen. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben.

*

In Limbach i. Sa. hatten die Nazis schon vor längerer Zeit einen Ueberfall auf den Konsumverein angekündigt. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend führten sie diesen Anschlag durch. Drei große Fensterscheiben der Spielwaren- und Textilabteilung wurden von ihnen zertrümmert. In Sachsen haben sich jetzt in letzter Zeit die Ueberfälle der Nazistrolche auf die Gebäude der Arbeiterschaft mehrfach wiederholt.

Sparprogramm gegen die unteren Beamten soll jetzt durchgeführt werden

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 21. Juli.

Der „Montag Morgen" berichtet aus Kreisen, die dem Reichstag nahe stehen sollen, daß der Reichskanzler Brüning die Absicht habe, das Sparprogramm, das ursprünglich erst im Herbst dem Reichstag vorgelegt werden sollte, bereits jetzt durchzuführen. Der Sparkommissar Saemisch soll für diese Zwecke besondere Vollmachten erhalten. Selbstverständlich sollen auch diese „Sparmaßnahmen" mit Hilfe des Artikels 48 durchgeführt werden.

Diese Meldung ist ein Alarmsignal für die unteren und mittleren Beamten. Saemisch reist bereits seit Jahren, bald im Auftrage einer sozialdemokratischen Koalitionsregierung, bald für den Bürgerblock, im Lande herum, um das notwendige Material gegen die Beamten, für Gehalts- und Beamtenabbau, zusammenzustellen.

Die Trennung Westarps von Hugenberg vollzogen

Die Trennung des Westarp-Flügels von Hugenberg ist gestern vollzogen worden. 21 Abgeordnete haben die Fraktionssitzung der Deutschnationalen verlassen, nachdem sie vorher eine Erklärung angekündigt, die sie im Plenum abgeben würden und die als Trennungsstrich zu gelten habe.

Die Westarp-Leute haben mit den Volkskonservativen Verhandlungen aufgenommen, die die Bildung einer neuen konservativen Partei zum Ziele haben.

Hugenberg hat die Absicht, ein enges Wahlbündnis mit Hitler abzuschließen.

Ein neuer blöder Antisowjetschwindel

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Juli.

Bei der „Derutra", einer gemischten deutsch-russischen Gesellschaft in Hamburg, ist ein Sowjetbürger Schejchot Angestellter. Bei ihm in Hamburg wohnte sein 13jähriger Sohn. Es soll überall vorkommen, daß Vater und Sohn sich nicht verstehen können. Schejchot hatte Differenzen mit seinem Sohn und verjagte ihn aus dem Elternhaus. Der junge Sowjetbürger wandte sich an die Vertretung seines Vaterlandes, erhielt einen Paß und ein deutsches Ausreisevisum und fuhr in seine Heimat zurück. Nebenbei gesagt, ist man in Sowjet-Rußland schon mit 18 Jahren volljährig.

Das alles ist eine ganz alltägliche Geschichte. Das „Hamburger Echo" macht aus dem Streit zwischen Vater und Sohn einen langen Roman. Schejchot sei in Moskau in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Weil man aber den Vater nicht bekommen könne, habe der Kanzleisekretär Schmidt von der „Derutra" den Sohn auf ein Schiff gelockt, damit der Sohn als Geißel für den Vater festgehalten werden könne.

Die deutschnationalen „Hamburger Nachrichten" greifen den SPD.-Schwindel mit Wonnegrunzen auf und schwindeln über eine GPU.-Abteilung, die in Hamburg tätig sei. Sozialdemokraten und Deutschnationale werfen sich die Bälle zu.

Die Pressestelle der Botschaft der USSR. stellt zu der ganzen Geschichte fest, daß erstens Schejchot nicht in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist, daß zweitens der Sohn nicht verschleppt ist und daß drittens die Hamburger Behörden über alle Tatsachen informiert sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0002

Massenaufmarsch am 1. August zur Verteidigung der Sowjetmacht!

Die Stadt ohne Arbeitslose

Ein bürgerlicher Journalist über das bolschewistische Moskau

Die „Frankfurter Zeitung" vom 20. Juli veröffentlicht unter der Ueberschrift „Die Stadt ohne Arbeitslose" einen Bericht ihres Moskauer Korrespondenten b. B. über das neue Leben in der Hauptstadt der Sowjetunion. Dieser anschauliche Bericht eines gewiß unverdächtigen Kronzeugen, der aus eigener Anschauung schildert, widerlegt schlagend den Wust von Lügen, Verleumdungen und Schauermärchen, die vor allem von der sozialdemokratischen Presse trotz aller Widerlegungen immer wieder mit eiserner Stirn in die Welt gesetzt werden. Wir bringen im folgenden den Bericht der „Frankfurter Zeitung" unseren Lesern mit einigen sachlich unbedeutenden Kürzungen zur Kenntnis:

„...Alle Straßen sind aufgerissen, an jeder Ecke wird gebaut, Langhäuser und Hochhäuser, Fabriken und Wohnungen. Aber diese Bauten sind hier von besonderer Art; denn es wird in Moskau buchstäblich kein Stein auf dem anderen gelassen, der nicht in dem Fünfjahrplan verzeichnet wäre, und davon wieder hat die Oeffentlichkeit durch die schwer vorstellbare Publizität dieses Planes eine solche Kenntnis, daß es die Stadt selber zu sein scheint, welche sich hier aufbaut. Der Plan hat noch viele Wirkungen, er erscheint in jeder Zeitung, jeder Zeitschrift, im Kino wie im Theater und mit der stündlich fortschreitenden Zeit aber auch fortschreitenden Entwicklung verzeichnet er die unaufhörliche Verbesserung des Lebens und der Verhältnisse. An den Haltestellen der Autobusse stehen ebenso wie vor den Lebensmittelgeschäften endlose Schlangen von Wartenden. Man sieht sie zuerst erstaunt und betroffen und hat sich nach zwei Tagen an diesen Anblick gewöhnt. Denn es geschieht hier nichts, was unbeabsichtigt und ohne Bedeutung wäre und man erkennt bereits in dieser kurzen Zeit, daß die Bevölkerung Mühen dieser Art bewußt auf sich nimmt, um sie ebenso bewußt zu verbessern. Ueberhaupt verliert hier der einzelne wie die Einzelerscheinung an besonderem Wert.

Die Stadt des Proletariats

Die ganze Stadt — Moskau hat zweieinhalb Millionen Einwohner — ist **proletarisch**. Immer sind die Straßen und Verkehrsmittel, die Theater, Restaurants, Kinos, Parks überfüllt, immer von Arbeitern, Arbeiterinnen, einigen Intellektuellen, welche ebenfalls proletarisch gekleidet sind, oder russisch und den wenigen Ausländern, die man sofort erkennt. Nun wäre es leicht zu schreiben, daß die Vorübergehenden einen ärmlichen Eindruck machen; es wäre falsch, sie kleiden sich anders als wir, nämlich gleichgültig. Jeder trägt, was er hat und wie er es hat. Die Folge ist, daß man in dieser Stadt durchaus Menschen auf der Straße sieht, Gesichter, Augen, Körperformen, Individualitäten, und man erinnert sich erschrocken, wie sehr bei uns die Mode und Eleganz nivellieren, indem sie die Menschen gleichförmig machen und die Augen des einzelnen stumpf.

Stundenlang habe ich auf vielen Straßen die Vorübergehenden betrachtet. Die Lebensmittel sind knapp, die Wohnungsverhältnisse noch sehr schlecht, das Leben im Ganzen ist schwer, aber die Gesichter der Menschen verraten keinerlei Niedergeschlagenheit und wenn man an andere europäische Arbeiterviertel denkt, muß man um der Wahrheit willen sagen, daß hier bedeutend lebensfrischer dreingeschaut wird.

Die gesamte Vergnügungsindustrie fehlt, die Theater sind ernst, revolutionär, pädagogisch (oft primitiv), die Kinos ebenso, Tanzdielen und Kaffeehäuser gibt es nicht, und die schlechten Restaurants betritt man nur, weil man eben essen muß oder weil man sich irgendwo unterhalten will — „es ist nichts los" in Moskau, gar nichts, aber ich kenne neun Zehntel aller europäischen Hauptstädte und keine ist interessanter. . . . .

Kein Zweifel an den Sieg

Die ganze Kraft des Landes geht in den Fünfjahrplan. Fabriken müssen entstehen, Maschinenfabriken, Getreidefabriken, das ist wichtig, alles andere kommt erst in zweiter Linie und wird entsprechend behandelt. Und jeder Versuch von außen, sozusagen von einem anderen Standpunkt, einem bürgerlichen, westeuropäischen, hier zu kritisieren, ist von vornherein aussichtslos. Er trifft vorbei.

Darum haben es die zahllosen apostolischen Amerikaner, welche als Techniker und Ingenieure Rußland und Moskau bevölkern, so leicht, sich ihre ungetrübte Begeisterung für den gewaltigen Aufbau zu erhalten, an dem sie hier mitarbeiten. Sie merken nur den Aufbau, während der politisch, innenpolitisch längst gewitzte Europäer aufs deutlichste die unerbittlich revolutionäre Macht spürt, welche hier die Folge jeder scheinbar noch so unpolitischen Handlungsweise ist. Obgleich aber alle Europäer diese Tatsache erkennen, wird man in Moskau vergebens einen suchen, der an der Stabilität und der fortschreitenden Entwicklung des bolschewistischen Systems zweifelt."

Französische Arbeiter mit uns gegen Brüning-Diktatur

Paris, 20. Juli 1930. Das Zentralkomitee der KP. Frankreichs richtete folgende Solidaritätskundgebung an die Kommunistische Partei Deutschlands:

„Die Kommunistische Partei Frankreichs verfolgt auf das aufmerksamste die politischen Ereignisse, die sich gegenwärtig in Deutschland abspielen, sowie auch den mutigen Kampf des deutschen Proletariats gegen die Diktatur der Bourgeoisie. Die KP. Frankreichs wird all ihre Kräfte aufbieten, um der französischen Arbeiterklasse die Bedeutung dieses Kampfes klarzulegen und die KPD. in ihrem Kampfe zu unterstützen. Die KPF. solidarisiert sich voll und ganz mit der KPD. und dem deutschen Proletariat.

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter und der Kampf gegen die kapitalistische Diktatur!

Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!"

Wieder drei Todesurteile in Indochina

Paris, 21. Juli. In Saigon wurden am Sonnabend 44 Aufständische verurteilt, die der Kommunistischen Partei angehören. Zwei der Angeklagten wurden zum Tode, vier zur Zwangsarbeit, 32 zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Blutige Straßenkämpfe in Kairo

Ernste Lage — Massendemonstrationen — Viele Demonstranten getötet Die Kämpfe dauern an

Kairo, 21. Juli. Die Lage in Aegypten hat sich in den letzten 24 Stunden außerordentlich zugespitzt. Heute vormittag hatten sich infolge des Beschlusses der Wafd-Partei, sich Eintritt in das aufgelöste Parlament zu erzwingen, große Menschenmassen in den Straßen der Stadt angesammelt. Demonstrationszüge durchzogen die Hauptstraßen. Die Regierung hat ein starkes Polizei- und Militäraufgebot gegen die Demonstranten eingesetzt. Gegen Mittag kam es zu regelrechten Straßenkämpfen mit der Polizei, die in die Massen feuerte. Viele Demonstranten wurden getötet. Die Kämpfe dauern noch an. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Es zeigt sich mit jedem Tage deutlicher, daß die Massen in Aegypten über die schwankende Wafd-Partei hinweg zum verschärften, konsequenten Kampf gegen den englischen Hungerimperialismus und die willfährige Regierung in Aegypten drängen.

Massensturm in Frankreich

Der Kampf gegen das Sozialversicherungsgesetz

Paris, 21. Juli. Die Streikbewegung gegen die Einbehaltung der Arbeiterbeiträge zur „Sozialversicherung" vom Arbeitslohn hat auf Roubaix übergegriffen, wo am Freitag zunächst 10000 Textilarbeiter in Streik traten, deren Zahl am Sonnabend auf 5000 anstieg. Am Sonntag demonstrierten in Roubaix 15 000 Textilarbeiter gegen das „Sozialversicherungsgesetz" und die dadurch in Kraft gesetzte Abziehung der Beiträge der Arbeiterschaft von den Löhnen.

Unter dem Druck der von der Kommunistischen Partei Frankreichs und dem revolutionären Gewerkschaftsbund geführten Massenbewegung haben die lokalen Führer der reformistischen Gewerkschaften zu Demonstrationen gegen dieses Gesetz aufgefordert, das die Sozialdemokratie und reformistischen Gewerkschaftsführer den Arbeitern als „große soziale Errungenschaft" anpriesen.

Die aus Mitgliedern der revolutionären Gewerkschaften, der reformistischen Gewerkschaften und Unorganisierten zusammengesetzten Kampfausschüsse haben beschlossen, an diesen Demonstrationen gleichfalls teilzunehmen, um ihnen einen klassenkämpferischen Charakter zu verleihen. Die Demonstranten setzten durch, daß auch der Sekretär der Gebietsleitung der revolutionären Gewerkschaften auf den Kundgebungen zu den Demonstranten sprechen konnte.

In Lille haben sich die Metallarbeiter über den Kopf ihrer reformistischen Führer hinweg entschieden, am Dienstag den Generalstreik gegen das reaktionäre „Sozialversicherungsgesetz" zu erklären.

Neue Antisowjethetze mit gefälschten Dokumenten

Neuyork, 21. Juli. Der frühere Neuyorker Polizeichef Grover Whalen legte dem hier tagenden parlamentarischen Ausschuß zur Untersuchung der kommunistischen Propaganda in den Vereinigten Staaten die schon früher vielerörterten photographischen Kopien von Dokumenten vor, die, wie er sagte, beweisen, daß die Sowjetunion durch ihre Neuyorker Handelsvertretung, des Amtorg, Propaganda in den Vereinigten Staaten betreibe. Gegenüber der Behauptung der Amtorg, daß die Dokumente Fälschungen seien, erwiderte Whalen, er könne den „Nachweis" erbringen, daß die Dokumente Abschriften von „Originalen" seien, die sich in Moskau befänden. Da jedoch ein öffentlicher Nachweis das Leben derer gefährden könne, die die Dokumente aus den Akten des Amtorg entwendet hätten(!), so könne er den Beweis nur in geheimer Verhandlung (!) erbringen.

Die Hitzewelle, die zur Zeit die Atlantikküste und den mittleren Westen der Vereinigten Staaten heimsucht, hat am Sonntag besonders hohe Temperaturen gezeitigt. In Neuyork wurden 36 Grad, in Richmond im Staate Virginia sogar 42 Grad Celsius im Schatten gemessen.

Copyright by Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.

18. Fortsetzung.

Iwan Petrowitsch betrachtete die scharfen nervösen Züge des Generals.

Grigoriew sprach weiter: „Wenn ich nur an der Tür dieses „Kommissars" vorbeigehe und die Aufschrift lese: „Unangemeldeten ist der Eintritt verboten" und womöglich selbst warten muß, bis es ihm genehm ist, mich zu empfangen, so könnte ich ihn mit meinen Händen erdrosseln!"

Seine Augen flackerten grünlich. Iwan Petrowitsch fühlte eine seltsame Kühle und Fremdheit zwischen sich und diesem fauchenden General. Alles in ihm sträubte sich gegen diesen Menschen. Er stand auf, trat aus dem Lichtkreis um den Tisch.

Wassilia Petrowna saß am Ofen, etwas abseits von den beiden Männern. Sie hatte sich an dem Gespräch nicht beteiligt, warf wortlos von Zeit zu Zeit ein Stück Holz in die Flamme, die dann hell aufloderte. Iwan Petrowitsch sah, wie sich zwei Tränen von ihren Wimpern lösten und langsam über ihre bleichen Wangen rannen.

Im Zimmer herrschte jetzt Stille. Iwan Petrowitsch fühlte sich plötzlich ebenso einsam und beengt wie in der sibirischen Hauptstadt, als er sich fragte, wer er eigentlich sei. Was hatte er mit diesen Menschen gemein, er ein ehemaliger Sozialdemokrat, später Sozialrevolutionär, jedenfalls ein Sozialist.

Wassilia Petrowna sagte zu Iwan Petrowitsch gewandt: „Nie werde ich den erloschenen Herd in meinem Hause vergessen, meinen Schmuck, in dem ich mit meinem Petja vor dem Altar gestanden habe. Alles haben sie mir genommen! Und ich werde mit allen meinen Kräften gegen die Bolschewiki kämpfen."

Man mußte ihr Zeit lassen, sich zu beruhigen. Dann nahm Grigoriew wieder das Wort: „Heute abend findet eine nur den Kommunisten zugängliche Versammlung statt. Selbst Kandidaten der Partei werden nicht zugelassen. Wer kann wissen, wozu sie diese Versammlung einberufen haben, vielleicht, um uns alle abzuschlachten."

Die Gräfin ergänzte: „Oder um uns Frauen zu sozialisieren. Außerdem hörte ich von einem „Genossen", daß in der ganzen Stadt Haussuchungen vorgenommen werden sollen. Es ist möglich, daß man auch zu uns kommen wird, die Betten durchwühlen und mich aus dem Bett, vor den Kommissaren, herauszerren wird."

Iwan Petrowitsch fühlte, daß er jetzt etwas sagen mußte: Nur keine Panik. Mit bloßer Wut werden wir nichts ausrichten. Kämpfen muß man, kämpfen und immer wieder kämpfen, in ihre Organisationen eindringen, immer auf dem Laufenden sein, was sie vorhaben und den Mut nicht sinken lassen!

Er bekam keine Antwort.

„Ich gehe auf die kommunistische Versammlung", — fügte er noch hinzu.

„Was?"

„Jawohl. Ich habe ein Parteibuch, ich gehe in die Versammlung. Man muß erfahren, wie es bei ihnen steht."

„Sie können aber auf der Stelle erschossen werden."

„Ich gehöre nicht zu den Furchtsamen. Als ich mich durch die Grenze schmuggeln mußte, war mein Leben jeden Augenblick in Gefahr. Ich fahre nach Moskau, um eine Arbeit zu tun, für die ich jeden Augenblick von den Bolschewiki erschossen werden kann. Früher oder später — es ist gleich. Jetzt heißt es kämpfen und nicht mit ohnmächtigem Haß hinter dem Ofen sitzen!"

Er zog seinen zerfetzten Bauernmantel an und fragte spöttisch: „Dieser Dreß wird wohl für das Publikum gut genug sein?"

„Ja, ausgezeichnet. Aber denken Sie daran, was ich Ihnen gesagt habe."

„Ich besitze ein Parteibuch und habe nichts zu befürchten."

„Nun, dann gehen Sie in Gottes Namen. Sie werden sich dort registrieren lassen müssen. Sie müssen den Namen Ihres Rayons wissen."

Iwan Petrowitsch stülpte sich die große Pelzmütze auf den Kopf und ging.

Wassilia Feodorowna und General Grigoriew sahen sich an: „Was sagen Sie zu dieser Tollkühnheit?"

„Gott gäbe, wir hätten viele solcher Tollkühnen."

Unter Kommunisten

Fest entschlossen, der Tscheka zu trotzen, verließ Iwan Petrowitsch die Wohnung der Gräfin. Das Gespräch mit ihr und dem General Grigoriew hinterließ einen unangenehmen Nachgeschmack in ihm. Das Jammern der Gräfin um ihren „erloschenen Herd", das böse Feuer in den Augen des Generals zwangen ihn zum Nachdenken.

Eine Kultur, von vielen Generationen geschaffen, ging unter, ein Ideal, dem die Menschheit entgegenstrebte, seit sie zum Bewußtsein ihrer selbst gekommen war, sollte verwirklicht werden; ein Volk sollte aus jahrhundertlangem Joch erlöst und aus den Händen neuer Usurpatoren befreit werden — und diese Menschen sitzen da und jammern um ihr bißchen Hab und Gut und ihre gekränkte Eitelkeit. Sie würden alle ihre Ueberzeugungen über Bord werfen, sie verkaufen, wenn ihnen die Bolschewiki ihren früheren Wohlstand und ihr bequemes Leben wiedergeben würden. Es war schwer, mit Menschen zusammenarbeiten zu müssen, deren Wesensart einem so fremd war. Aber mit wem sollte man sonst zusammengehen? Man mußte eben seine Gefühle und Gedanken vor diesen Leuten verbergen. Sie waren die einzigen, die gegen die Bolschewiki kämpften, deshalb mußte man sich jetzt mit ihnen verbünden. Später aber . . . ff

Der Frost in den Straßen brannte fast. Iwan Petrowitsch ging eilig, um wärmer zu werden, vielleicht auch, um die aufsteigenden Gedanken zu verjagen. Soviel stand fest: Diese reaktionäre Bande wird uns noch viel zu schaffen machen, wenn wir die Bolschewiki niedergerungen haben. Das ist aber sicher: die Demokratie bleibt. Nikolai ist von den Bolschewiki ermordet worden, daran taten sie recht.

Ein hellerleuchtetes Haus hob sich scharf aus der Dunkelheit der Straße. Vor dem Gebäude stand eine starke Wache, die jeden Eintretenden scharf kontrollierte.

Gleich den anderen schob er sich rasch durch die Tür, nachdem er etwas hastig sein Parteibuch vorgezeigt hatte. Von den vielen Menschen wurde man fast die Treppe hinaufgehoben. Vor der Saaltür mußte man sich registrieren lassen.

Der Genosse an der Tür nahm Iwan Petrowitschs Parteibuch

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0003

Lügenaufruf der bankrotten SPD.-Führer

Die SPD. hat den Wahlkampf mit einem Aufruf eröffnet, der an Lügenhaftigkeit kaum mehr übertroffen werden kann. Die Raubzüge der Müller-Regierung werden einfach abgeleugnet. Frech wird behauptet, das Müller-Severing-Kabinett habe sogar nach Erfolge für die Arbeiterschaft gebracht. Es heißt in dem Aufruf:

„Unter dem Kabinett Hermann Müller ist es der Sozialdemokratie gelungen, gefährliche Anschläge der Reaktion zurückzuweisen und wertvolle Zugeständnisse für die Arbeiterklasse zu erzielen. Damals konnten die Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung abgewehrt, Löhne und Gehälter geschützt werden."

Ja, glaubt denn der SPD.-Vorstand, daß die Arbeiterschaft die Zoll- und Steuererhöhungen der Müller-Regierung, den unerhörten Unterstützungsraub an den Arbeitslosen so schnell vergessen hätte?

Nun, die Arbeiter, denen durch die Zoll- und Steuererhöhungen der Reallohn gesenkt wurde, die Arbeitslosen, die Wissell dem schärfsten Hunger ausgeliefert hat, werden mit der SPD. abrechnen!

Dies um so mehr, als selbst der SPD.-Vorstand in diesem Lügenaufruf deutlich genug durchblicken läßt, daß nach der Wahl die Ausplünderung der Massen mit SPD.-Hilfe weiter verschärft werden soll. Wörtlich heißt es:

„Schwere Lasten für alle Volksschichten sind zur Linderung der Not, zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und zur Gesundung der Reichsfinanzen erforderlich."

„Für alle Volksschichten" — das heißt, nur für die Werktätigen. Man hat ja das Beispiel der Müller-Regierung, die nur den werktätigen Massen ungeheure Lasten auferlegte, den Kapitalisten aber durch Aufhebung der Besitzsteuern, Nachlaß an Steuern und durch Staatssubventionen Milliarden geschenkt hat.

Selbstverständlich führt der SPD.-Vorstand den Wahlkampf mit einer infamen Kommunistenhetze unter der Parole „für die Demokratie". Eigenartige Demokraten! Die SPD.-Führer haben das Republikschutzgesetz herbeigeführt und wollen jeden kommunistischen Beamten maßregeln. Ja, in der letzten Reichstagssitzung konnte Virth ohne Widerspruch enthüllen,

daß die Müller-Regierung immer wieder die Diktatur des Artikels 48 erwogen hat.

Die SPD.-Führer sind für die Kapitaldiktatur, selbstverständlich unter ihrer Mitwirkung als Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten, Minister usw. Immerhin interessant ist es, daß im SPD.-Aufruf wohl die furchtbare Krise des kapitalistischen Systems gestreift wird, aber kein Ausweg gezeigt werden kann. Man höre folgendes. Gestammel:

„Millionen Menschen sind arbeitslos, andere Millionen in ihrer Existenz bedroht. Die Wirtschaftskrise, in die fast alle Länder der Welt hineingerissen sind, fordert immer neue Opfer. Diese Krise ist das Ergebnis der kapitalistischen Anarchie, nicht des Young-Planes."

Etwas Dümmeres ist noch nie geschrieben worden.

Was ist denn der Young-Plan anderes als ein Pakt der kapitalistischen Räuber, ein Ergebnis des imperialistischen Krieges und imperialistischer Kämpfe der Nachkriegszeit?

Es war ein Verbrechen der SPD., dem Young-Plan zuzustimmen, es ist aber lächerlich, dieses Verbrechen dadurch beschönigen zu wollen, daß man das tollste Ergebnis der kapitalistischen Anarchie, den Young-Plan, weiterhin verteidigt.

Aber derartig unsinnige Sätze müssen eben Leute schreiben, die mit dem kapitalistischen System eng verbunden, den Weg zum Sozialismus nicht zeigen wollen und können.

Wir, die Kommunistische Partei, zeigen diesen Ausweg! In der Sowjetunion ist die kapitalistische Anarchie überwunden, dort nimmt die Wirtschaft einen gewaltigen Aufschwung, hebt sich die Lebenslage der Werktätigen und wird die Arbeitslosigkeit liquidiert. Krasser als je sehen heute die Werktätigen den Unterschied zwischen dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion und dem katastrophalen Niedergang des kapitalistischen Systems.

An den Tatsachen werden die Lügenaufrufe der SPD.-Führer zuschanden werden. Das arbeitende Volk, das aus dem kapitalistischen Wahnsinn heraus will, kämpft mit der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Gesinnungsterror der Gewerkschaftsbonzen gegen die Wiener „Rote Fahne"

(Eig. Drahtm.) **Wien**, 22. Juli.

Gegenwärtig befinden sich die Arbeiter der Graphischen Industrie in einer Lohnbewegung. In der „Roten Fahne" hat die Opposition innerhalb der graphischen Industrie wiederholt entschieden gegen die Kompromißpolitik der Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern Stellung genommen. Jetzt hat die Gewerkschaftsbürokratie das Personal der „Roten Fahne" (die „Rote Fahne" wird in einer Privatdruckerei hergestellt) verpflichtet, **keinerlei Kritik gegen die Gewerkschaftsbürokratie während der Lohnbewegung zu setzen und zu drucken!**

Die „Rote Fahne" wird sich unter keinen Umständen dieser frechen Zensur unterwerfen, sondern sie schreibt, wie sie es für notwendig hält, sie wird sich an die breiteste proletarische Oeffentlichkeit mit einem Protest gegen diesen Unterdrückungsversuch wenden.

Neuer Aufschwung der Kollektivierungsbewegung während der Ernte

Moskau, 21. Juli.

In zahlreichen Bezirken der Sowjetunion sind die Erntearbeiten bereits in vollem Gange. Das Sowjetgut „Gigant" hat bereits die Ernte der Herbstsaaten auf einer Fläche von 36 000 Hektar beendet. Auch in den Sowjetgütern des Niederwolgagebietes schreitet die Ernte mit Hilfe der fast 400 neu angeschafften Combines erfolgreich vorwärts.

Berichten aus der Umgebung Kiews zufolge herrscht unter den Mitgliedern der Kollektivwirtschaften große Arbeitsbegeisterung. Es wurden zahlreiche Stoßbrigaden gebildet, zu deren Arbeit auch die Einzelbauern der Umgebung erfolgreich herangezogen werden. Den Kollektivwirtschaften sind zahlreiche Bauern, unter ihnen auch solche, die im Frühjahr die Kollektivwirtschaften verlassen haben, wieder beigetreten. Beispiele massenhaften Wiedereintritts in die Kollektivwirtschaften werden aus der ganzen Union gemeldet.

Weitere Verschärfung der Krise in den Vereinigten Staaten

Neuyork, 20. Juli.

Die amtliche Statistik weist für den Monat Juni einen weiteren Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter um 1,8 Prozent aus. Was die einzelnen Industriezweige anbelangt, so hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter während des letzten Monats besonders in der Automobilindustrie (um 6,8 Prozent), in der Landmaschinenindustrie (um 14,5 Prozent) und in der Kunstdüngerindustrie (um 26,1 Prozent) stark verringert. Gleichzeitig weist die amtliche Statistik in allen Industriezweigen einen starken Rückgang der Lohnhöhe aus.

Gleichzeitig verschärft sich die Agrarkrise. Nach bürgerlichen Berechnungen wird der Weizenvorrat in Kanada und USA. per 1. Juli mit wenigstens 1,6 Milliarden Bushels angesetzt, während das Bedürfnis der beiden Länder sich bis zur neuen Ernte auf höchstens 850 Millionen Bushels beläuft. Es werden gewaltige Mengen an Weizen für Futterzwecke verwendet. Der Lohn der Landarbeiter zeigt gegenüber dem 1. April einen Rückgang um 2 Prozent. Der „Daily Worker" fordert die werktätigen Farmer auf, die Vereinigte Farmer-Liga zu unterstützen, lokale Aktionskomitees zum Kampfe gegen die Bankiers, gegen die reichen Farmer und gegen die Regierung zu bilden, für die Herabsetzung der Eisenbahntarife und des Pachtzinses, für eine Stundung und gegenüber den armen Farmern für die Annullierung der Schulden, ferner für die Senkung der Steuer und für die Verbilligung der landwirtschaftlichen Maschinen zu kämpfen.

Der allgemeine Wirtschaftsindex des „Annalist" zeigt für den Monat Juni einen Rückgang von 882 auf 869 Punkte. Der Juniindex ist der tiefste seit 1924.

Walhalla
Freitag, letzter Tag
„Der Vogelhändler"
Musik: Karl Zeller
Ab Sonnabend 26. Juli
1799 Der Bettelstudent

Schillers Garten (Heide) 3787
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag
Konzert
Donnerstag ab 3½ Uhr
Tanz-Tee
Sonntag ab 8 Uhr
Gesellschafts-Tanz
Eintritt frei

Inserenten
fordert Offerten über Drucksachen ein

Seltene günstige Angebote
1934
Küchen
naturlasiert, formenschön u. gediegen, komplett
185,- 224,- 256,- 285,- 320,-M.
weißlackiert mit Linoleum
von **130,-** Mk. an
Gehr. Jungblut
Halle a. S.
Albrechtstraße 37

Zoologischer Garten
Mittwoch, den 23. Juli, 16 Uhr:
Nachmittags-Konzert 3798
des Hall. Symphonie-Orchesters
Leitung: Paul Burghaus

Wo speise ich gut und billig im **Volkspark**? Burgstraße 27 Tel. 21107

Kur-Lichtspiele Bad Dürrenberg
Nur 3 Tage! Heute bis Donnerstag!
Charlie Chaplin in dem Großfilm:
„Charlie, der Unglücksrabe"
Außerdem:
„Der Sohn des Sheriff"
Wildwestfilm
4 Uhr: Kinder-Vorstellung

Alle Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre
unterrichten sich laufend am besten über neue Methoden, über Strategie und Taktik der Arbeiterklasse im Kampfe gegen Kapital, Staatsgewalt und Reformismus durch
„Betrieb u. Gewerkschaft"
Erscheint monatlich zweimal
Preis pro Heft 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, GmbH.
Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Gaskoks
der gute, vorteilhafte Brennstoff
Ab 1. August erhöhte Preise
Decken Sie daher Ihren Bedarf sofort zu den bisherigen günstigen Sommerpreisen!
Lieferung durch die Kohlenhändler und das Gaswerk, Holzplatz 7, Fernruf 26322
Werke der Stadt Halle, Aktiengesellschaft 3797

Einlege- u. Salat-Gurken
an Händler und Wiederverkäufer billigst abzugeben.
Rob. Sattler
Dölnitz (Saalkr.)
Regenburg. Str.

Heirats-Gesuch
Alleinstehend. Mann, 70 Jahre alt, jüdischer Arbeiter und Rentenempfänger, sucht eine anständige Frau (60 b. 65 J.) als Wirtschafterin. Heirat nicht ausgeschl. Offert. unt. **Fr. Th.** postlag. **Schkeuditz**

Freiwillige Anerkennung
Mein Sohn, der Bergarbeiter Paul Kurtze, verfiel infolge eines Herzleidens. Von der Rechnungsstelle der
Volksfürsorge
gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-A.-G., **Weißenfels**, Schillerstraße 6, wurde mir die volle Versicherungssumme in Höhe von **660,— Mk.**
ausgezahlt. Eingezahlt waren seit April 1929 nur insgesamt **32,— Mk.**
Besonders hervorheben möchte ich die schnelle Regulierung. Am Montag, 14. Juli, wurde der Todesfall gemeldet und schon am Mittwoch, 16. Juli, war ich im Besitz des Geldes. Ich kann nur jedem den Beitritt zur **Volksfürsorge** empfehlen
*10:8
gez.: **Hermann Kurtze**, Reichardtswerben

Familien-Nachrichten

Am Sonnabend, dem 19. Juli 1930, 17½ Uhr verstarb nach schwerem Leiden kurz vor seinem 34. Geburtstage mein lieber Mann, unser unvergeßlicher Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Kurt Berger
In tiefem Schmerz:
Witwe Rosa Berger und Kinder
Schleifweg 5
Trauerfeier findet Mittwoch, 1/2 11 Uhr in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt 3795

TRAUER
BRIEFE U. KARTEN
DANKSAGUNGEN
LIEFERT SOFORT
PRODUKTIV BUCHDRUCKEREI
G.M.B.H. ◆ HALLE, LERCHENFELDSTRASSE 14

Kleine Anzeigen haben hier **Große Wirkung!**

Aus Heeresbeständen u. a.:

Militär-Drellhosen u. -Hosen	je 1,50
Militär-Schnürschuhe, frisch behobt	4,75
Militär-Stiefeln	4,75
Militär-Decken	1,85
Militär-Unterhosen und -Hemden	je 1,00
Militär-Unterhosen, neu	2,25
Militär-Decken, neu	3,50
Militär-Röcke, blaugrau	4,75
Militär-Tuchhosen	3,75
Militär-Tuchhauschuhe	1,65
Militär-Schnürschuhe, Orig., neu	9,50
Militär-Tornister, mit Tragriemen	4,75
Militär-Zeltbahnen	4,50
Trainingsanzüge, mit Reißverschluß, gute Qualität	6,50
Rucksäcke	2,40
Wanderhemden	3,90
Windjacken	6,85

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. 3785 Umtausch gestattet
Siegmund Schwarz G. m. b. H.
Zitiate Halle a. S., Gr. Marktstr. 5

Kranke finden gewissenhafte Behandlung bei **Heilpraktiker Streim**, Wolfenbüttelstraße 1 tägl. von 11—1 u. 3—6 außer Sonnabends. Nachm. große Erfolge in den schwierigsten Fällen. Minderbemittelte Ermäßigung 15786

Lest den Klassenkampf

Marktteilenhandelspreise in Halle am 22. Juli 1930

Obst und Gemüse:

Tafeläpfel	1 Pfd.	0,50—0,60 Mk.
Aepfel, Eß-	1 Pfd.	0,20—0,25 „
Mostäpfel	1 Pfd.	0,2) „
Aprikosen	1 Pfd.	0,35—0,40 „
Bananen	1 Stck.	0,10—0,15 „
Birnen, Eß-	1 Pfd.	0,25 „
Heidelbeeren	1 Pfd.	0,30—0,35 „
Johannisbeeren	1 Pfd.	0,15—0,20 „
Kirschen	1 Pfd.	0,70 „
Tomaten	1 Pfd.	0,20—0,35 „
Kirschen, süße	1 Pfd.	0,20—0,45 „
Kirschen, saure	1 Pfd.	0,20—0,25 „
Pfirsiche	1 Pfd.	0,60—0,90 „
Pflaumen	1 Pfd.	0,35 „
Stachelbeeren	1 Pfd.	0,15—0,20 „
Bohnen, grüne	1 Pfd.	0,15—0,20 „
Bohnen, weiße	1 Pfd.	0,30—0,35 „
Wachsbohnen	1 Pfd.	0,30—0,35 „
Gurken, Einl.	1 Mtl.	0,70 „
Gurken, Senf-	1 Pfd.	— „
Gurken, Salat-	1 Stck.	0,07—0,10 „
Gurken, Pfeffer-	1 Pfd.	0,50 „
Radieschen	1 Bd.	0,10 „
Rhabarber	1 Pfd.	0,08 „
Weißkohl	1 Pfd.	0,15 „
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,20 „
Blumenkohl	1 Kopf	0,20—0,80 „
Rotenkohl	1 Pfd.	— „
Grünkohl	1 Pfd.	0,15 „
Salat	1 Kopf	0,10 „
Mohrrüben, neue	1 Bdl.	0,10 „
Karotten	1 Bd.	0,15 „
Kohlrüben	1 Pfd.	— „
Rote Rüben	1 Pfd.	— „
Kohlrabi	1 Stck.	0,05 „
Zwiebeln, neue	1 Pfd.	0,20 „
Schwarzwurzel	1 Pfd.	— „
Sellerie	1 Stck.	0,10 „
Porree	1 Bdl.	0,10—0,30 „

Fische:

Seelachs	Pfd.	— „
Schellfisch	1 Pfd.	— „
Aal, frisch	1 Pfd.	2,50—3,00 „

Fleisch- und Wurstwaren:
Je Pfund:

Rindfleisch:

Kochfleisch	0,90—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„

Kalbfleisch:

Kochfleisch	1,00—1,20	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„

Hammelfleisch:

Kochfleisch	1,00—1,20	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„

Schweinefleisch:

Kamm und Koteletten	1,30—1,40	„
Bauch und fettes Fleisch	0,90—1,10	„
Gefrierfleisch	—	„

Aal, geräuchert	1 Pfd.	3,50—4,00 Mk.
Goldbarsch	1 Pfd.	— „
Hechte	1 Pfd.	0,80 „
Weißfisch	1 Pfd.	0,40—1,00 „
Heringe, Schoten	1 Stck.	0,10—0,15 „
Bücklinge	1 Pfd.	0,70 „
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,70 „
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,70 „

Wild und Geflügel:

Enten (Mast-)	1 Pfd.	1,10—1,80 „
Gänse	1 Pfd.	1,30—1,70 „
Hühner	1 Pfd.	1,00—1,20 „
Tauben	1 Stck.	0,60—0,90 „
Junge Hähne	1 Pfd.	1,20 „
Kleine Enten	1 Stck.	— „
Kleine Gänse	1 Stck.	— „
Kleine Hühn.	1 Stck.	— „
Rehfleisch	1 Pfd.	0,50—2,40 „
Hirschfleisch	1 Pfd.	0,50—1,75 „
Kaninchen, Stall-	1 Pfd.	1,00—1,10 „
Kaninchen, wild	1 Pfd.	1,03 „
Puten	1 Pfd.	— „
Fasanen	1 Stck.	— „

Sonstiges:

Butter, Molkerei-	1 Stck.	0,90—1,00 „
Butter, Bauern-	1 Stck.	0,80—0,85 „
Quark	1 Pfd.	0,30—0,40 „
Käse	1 Stck.	3,10—0,20 „
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,50 „
Kartoffeln	10 Pfd.	— „
Kartoff., Nieren	10 Pfd.	1,00 „
Kartoffeln, neue	1 Pfd.	0,08—0,09 „
Eier	1 Stck.	0,11—0,12 „
Zitronen	1 Stck.	0,08 „
Meerrettich	1 Stck.	0,30—0,50 „
Rettich	1 Stck.	0,05—0,10 „
Petersilie	1 Pfd.	0,40 „
Schnittlauch	1 Bd.	0,10 „
Schoten	1 Pfd.	0,20 „

Pilze:

Champignons	1 Pfd.	1,60 „
Pfifferlinge	1 Pfd.	0,85—0,90 „

Ziegenfleisch		0,60—0,90 „
Roßfleisch		0,70—0,80 „

Wurstwaren:

Schlackwurst	2,00—2,20	„
Knackwurst	1,40—1,80	„
Schmarotzerwurst	1,00—1,30	„
Rotwurst, frisch	0,80—1,30	„
Rotwurst, geräuchert	0,90—1,40	„
Leberwurst, frisch	0,80—1,30	„
Leberwurst, geräuchert	0,90—1,40	„
Schinken, roh	1,80—2,20	„
Schinken, gekocht	2,40—2,60	„
Speck, fett, geräuchert	1,10—1,20	„
Speck, mager, geräuchert	1,30—1,40	„
Zervelatwurst	—	„

Städt. Freibank: Rindfleisch, Pfd. 0,60. Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.

Preisfrage: Was sagst Du zu Deutschland?
(Beachte alle 6 Bilder, die hier folgen)

Seine Exz. Frick setzt sich verwundert auf sein Hakenkreuz in Thüringens Ministersessel: der Stolz seines teutschen Herzens, sein Schülgebet ist so spät erlassen worden, dass es Tucholsky nicht in sein Buch aufnehmen konnte

Das interessante, vielumstrittene Buch, montiert von John Heartfield, 200 Fotos, 240 Seiten Text, kostet Mk. 3,20 kart. und ist durch die Volksbuchhandlung GmbH., Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen zu beziehen

Für die 100 besten Antworten gibt der Neue Deutsche Verlag, Berlin W 8, Buchprämien im Werte von Mk. 3,—

Amtlich festgestellte Preise der Produktenbörse zu Halle

am 22. Juli 1930

Artikel		vorher	heute
Weizen,			
Durchschnittsqual., gesund und trocken	75/76 kg im hl, 1000 kg	286—288	286—288
gut, gesund und trocken	76/77 kg im hl, 1000 kg	288—290	288—290
trocken, für Müllereizwecke geeignet	kg im hl, 1000 kg	—	—
höheres Gewicht	77/78 kg im hl, 1000 kg	290—292	290—292
niedrigeres Gewicht	kg im hl, 1000 kg	—	—
Roggen,			
Durchschnittsqual., gesund und trocken	71 kg im hl, 1000 kg	168—170 (alt)	176—178 (neu)
gut, gesund und trocken	72 kg im hl, 1000 kg	—	—
trocken, für Müllereizwecke geeignet	kg im hl, 1000 kg	—	—
höheres Gewicht	kg im hl, 1000 kg	—	—
niedrigeres Gewicht	kg im hl, 1000 kg	—	—
Braugerste,			
hiesige Durchschnittsqualität, (feinste über Notiz)	1000 kg	—	220—230
Wintergerste, Durchschnittsqualität	1000 kg	165—167	175—180
Futtergerste, Abfallgerste	1000 kg	—	—
Hafer, Durchschnittsqualität	1000 kg	175—180	177—182
Viktoriaerbsen	100 kg	22—24 (alt)	29—32 (neu)
Futtererbsen	100 kg	—	—
Weizenkleie, mittelgrob	100 kg	10,00—10,50	10,00—10,50
Roggenkleie	100 kg	9,50—10,00	9,50—10,00
Malzkeime	100 kg	7,75—8,25	8,00—8,50
Trockenschnitzel	100 kg	8,50—9,00	8,50—9,00
Heu, lose	100 kg	6,50—7,00	6,50—7,00
Weizenstroh, drahtgepreßt	100 kg	2,50	2,50
Roggenstroh, drahtgepreßt	100 kg	2,50	2,50

Allgemeine Tendenz: Weizen ruhig, Roggen fest, Hafer fest. Braugerste noch wenig entwickelt, Futtermittel unverändert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0004

Artikel 48 raubt Lohn durch Kopfsteuer!

Mobilisiert die Betriebsbelegschaften zum Kampf um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung! — Sendet Delegierte zum Bezirkskongreß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, rüstet zum 1. August, zum Massenstreik gegen den imperialistischen Krieg!

Nr. 169 — 10. Jahrg. 1. Beilage — Klassenkampf — Dienstag, 22. Juli 1930

Lehren des Nordwest-Kampfes

Selbstkritik der BL. Ruhrgebiet

II.

Wir bringen heute einige Auszüge aus dem 2. Teil der selbstkritischen Artikel des Sekretariats der BL. Ruhrgebiet über „Erfolge, Fehler und Schwächen im Nordwest-Kampf". Die hier wiedergegebenen Feststellungen sind wichtige Lehren für die allgemeine Arbeit der RGO., für die Vorbereitung des Kampfes gegen den Lohnraub unter selbstgewählter Führung der Belegschaften überall im Reiche.

Die Redaktion.

In allen Wirtschaftskämpfen ist die Frage der **Führung** die entscheidende Frage, die an den Mittelpunkt aller Diskussionen gestellt werden muß. Im jetzigen Nordwest-Kampf wurde die Frage der Führung **theoretisch** durchaus **richtig** von der RGO. und der Partei gestellt. Doch in der **Praxis** fehlte sehr oft die **Führung**, auf die die Betriebe warteten.

Ein großer **Erfolg** war es, daß in einer ganzen Reihe von Metallbetrieben vor Ausbruch der Bewegung betriebliche **vorbereitende Kampfausschüsse** als Einheitskontorgane der Belegschaften gewählt wurden. In vielen Fällen waren diese vorbereitenden Kampfausschüsse auch die Träger zur **Auslösung** der Bewegung. Doch die Tatsache, daß in einigen Betrieben, in denen vorbereitende Kampfausschüsse gewählt wurden, die Belegschaften nicht streikten und auch vorbereitende Kampfausschüsse sich nicht als die Führung der Belegschaft durchsetzten, zeigt, daß durch die Partei und die RGO. viel stärker die Diskussion über die betrieblichen vorbereitenden Kampfausschüsse und ihre Arbeit als **Führung** der Belegschaft in den Vordergrund gestellt werden muß.

Auch dort, wo wir Streikleitungen gewählt haben, setzten sich an einigen Stellen die Streikleitungen bei den Massen nicht durch. Ein gutes Beispiel, wie eine Streikleitung arbeiten muß, ist Gelsenkirchen. **Die zentrale Streikleitung für Gelsenkirchen war schon die Instanz, auf die die Arbeiter hörten.** Unter Führung dieser Streikleitung gelang es auch noch in anderen Betrieben Gelsenkirchens, Kämpfe auszulösen und die Kampffront zu verbreitern . . .

Die Registrierung der Streikenden wurde nicht von den ersten Streiktagen an, also viel zu spät und auch nicht gründlich genug, durchgeführt. Unter Führung der Streikleitungen hätten sofort in den ersten Streiktagen die **Solidaritätsausschüsse und die Betriebswehren** geschaffen werden müssen. Das zu späte Einsetzen der IAH. an den verschiedenen Stellen wäre verhindert worden, wenn die betrieblichen Streikleitungen genügend Eigeninitiative entwickelt hätten.

Die zentrale Streikleitung der Nordwest-Metallarbeiter ist im Gesamtkampf zu schwach in Erscheinung getreten. Dort, wo die Streikfront vom ersten Tage an feststand, war es auch notwendig, daß die betrieblichen Streikleitungen die **Forderungen der RGO. den Unternehmern einreichten und auch betriebliche Forderungen aufstellten.** Dies ist in keinem Falle geschehen.

Aus mangelndem politischen Verständnis für die notwendige Schärfe des Kampfes gegen die streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie ließen die oppositionellen Arbeiter in vielen Fällen, so auch bei Krupp in Essen, die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten, die Miesmacher und offenen Streikbruchorganisatoren, in den Streikversammlungen reden und ihre Zersetzungsarbeit durchführen. **Der Gewerkschaftslegalismus,** eine opportunistische Erscheinung, hielt solche Genossen davon ab, die reformistische Zermürbungsarbeit zu verhindern, obwohl sie in vielen Fällen stark genug dazu waren. Diese Fehler sind hauptsächlich darin begründet, daß sich diese Genossen von der ausschlußwütigen Gewerkschaftsbürokratie **durch Drohungen einschüchtern** und infolgedessen keine Streikleitungen nach den Richtlinien der RGO. sofort am ersten Streiktage wählen ließen.

Man hat vielfach den Vertrauensmännerkörper vergessen. In allen Belegschaften konnte die RGO. gerade die Gelegenheit nach Auslösung des Streiks sofort benutzen, um einen revolutionären Vertrauensmännerkörper dort, wo er noch nicht bestand, zu schaffen, oder dort, wo er bestand, ihn auszubauen. Das hat man nicht gemacht. **Der Vertrauensmännerkörper mußte in allen Betrieben Träger der Bewegung sein.**

In Duisburg, Berzeliushütte, wo ein Vertrauensmännerkörper existiert, trat dieser bei der Auslösung schwach und nach Auslösung des Streiks nicht mehr in Erscheinung. Man ließ unbeachtet zu, daß die Gewerkschaftsbürokraten eigene Versammlungen einberiefen, trotzdem die Arbeiter eine selbstgewählte Streikleitung hatten. Wenn man viele Gewerkschaftler schon nicht von dem Besuch abhalten konnte, **mußte man die ganze Belegschaft dahin bringen, um somit die Zersplitterungsarbeit der Gewerkschaftsbürokratie zu verhindern.**

Trotzdem das Auftreten der RGO.-Anhänger gegenüber dem Jahre 1928 ein merklicher Fortschritt war, muß doch gesagt werden, daß manche Anhänger der RGO. sich in der Vorbereitungszeit der Bewegung von den radikalen Phrasen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten düpieren ließen und nicht sofort alles daransetzten, dieselben zu demaskieren. **Es war dies der Ausdruck dessen, daß noch nicht alle Anhänger der RGO. fest davon überzeugt sind, daß die Gewerkschaftsbürokraten nicht nur keine Streikbewegung wollen, sondern auch keine führen können.**

Bei den Metallarbeitern und selbst sogar bei den Anhängern der RGO. unter den Metallarbeitern ist noch eine sehr große Schwäche darin zu sehen, daß dieselben nicht wissen, wie man heute auch in dieser Periode des Kapitalismus noch siegreiche Teilkämpfe führen kann.

Die Gewerkschaftsbürokraten wissen sehr gut, was die Streiks einiger entscheidender Abteilungen der Großbetriebe für eine Bedeutung haben. Deshalb bemerkte man auch ihr lebhaftes Interesse, gerade diese Abteilungen entweder nicht zum Streik kommen zu lassen oder, wenn sie draußen waren, sie möglichst schnell wieder in den Betrieb zurückzuführen. Die Unternehmer ihrerseits machten an solche Abteilungen zuweilen Konzessionen, um sie wieder in den Betrieb zurückzubringen. **Die RGO. muß daraus lernen, daß sie ihrerseits sich auch bei der allgemeinen Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe im besonderen auf solche Abteilungen, den schwächsten Stellen der Unternehmer, konzentriert.**

An der **innergewerkschaftlichen Front** muß jetzt der Kampf gegen den Reformismus verschärft einsetzen, um dort die sozialdemokratisch-Gewerkschaftsbürokratie hart zu bedrängen. Das ist nur möglich durch eine verstärkte disziplinierte **Fraktionsarbeit.** Darüber hinaus müssen alle RGO.-Anhänger dafür Sorge tragen, daß die Leitungen der RGO. in den Unterbezirken sofort neu überprüft werden mit dem Ziel der Verstärkung dieser Leitungen.

Husemann und Limbertz schützen die Verbrecher von Hausdorf

Fünf Bergarbeiterversammlungen fordern: „Ins Zuchthaus mit den Verbrechern!"

Von Gustav Sobottka

In der Reichstagssitzung vom 15. Juli erklärte der SPD.-Abgeordnete Limbertz, daß nach den Richtlinien des Ausschusses **zur Untersuchung der Kohlensäureausbrüche im niederschlesischen Bergbau alles getan worden sei, was menschenmöglich war, um solche Unglücksfälle zu verhindern. Wenn trotzdem ein Unglück geschehen sei, so könne man nicht, wie die Kommunisten behaupten, erklären, daß jemand an der Katastrophe schuld sei.** Herr Limbertz ist ein guter Kenner der Bergbauverhältnisse. Das, was er sagte, kann nicht mit Unkenntnis der Verhältnisse erklärt werden. Wenn er behauptet, auf der Wenzeslaus-Grube sei alles getan worden, um das Unglück zu verhindern und niemanden treffe die Schuld, so sagt er bewußt etwas falsches. Limbertz weiß und kann sich bei seinen Parteifreunden, den sozialdemokratischen Arbeitern der Wenzeslaus-Grube erkundigen, die werden ihm bestätigen, daß die Richtlinien für die Kohlengewinnung in Kohlensäuregruben auf der Wenzeslaus-Grube nicht innegehalten worden sind.

In den fünf Versammlungen der Bergarbeiter der Wenzeslaus-Grube, die am 15. Juli in Nurade, Kunzendorf, Hausdorf, Ludwigsdorf und Mölke stattfanden und an denen mehr als 800 Arbeiter, das ist fast restlos die Belegschaft der Morgenschicht, teilgenommen haben, bestätigten alle Arbeiter, auch die sozialdemokratischen Funktionäre:

1. daß die Kohle nicht durch Erschütterungsschießen, sondern durch die Schrämmaschine gelöst und dann mit der Hacke gewonnen wurde, was durch die Richtlinien verboten ist;

2. die Bergarbeiter wurden gezwungen, nicht nur die von der Schrämmaschine gelöste Kohle mit der Keilhaue zu gewinnen, sondern auch feste Kohle und Gestein mit der Keilhaue zu bearbeiten. Ein Arbeiter, der unter Berufung auf die Gefahr eine solche Arbeit ablehnte, wurde von einem Beamten als Feigling beschimpft und mit der Entlassung bedroht;

3. wenn ein Bergrevierbeamter erscheinen sollte, wurden die Bergarbeiter angewiesen, die Keilhauen zu verstecken und erst wieder herauszuholen, wenn der Bergrevierbeamte den Betriebspunkt verlassen hatte;

4. die Bergarbeiter sind niemals über die Gefahren, die sie bedrohten, belehrt worden. Die Richtlinien, nach denen sie zu arbeiten hatten, sind ihnen niemals bekanntgegeben worden. Die Richtlinien sollen aber den Arbeitern von Zeit zu Zeit verlesen und sie noch besonders belehrt werden.

Als in den Versammlungen die Richtlinien verlesen und die Bergarbeiter befragt wurden, ob ihnen diese Anweisungen, nach denen sie zu arbeiten hatten, bekannt waren und ob sie danach gearbeitet hätten, erklärten alle anwesenden Bergarbeiter, darunter sozialdemokratische Funktionäre, daß ihnen diese Richtlinien nicht bekanntgegeben worden sind und daß genau das Gegenteil dessen geschehen ist, was in den Richtlinien steht.

5. Die Wetterführung war nicht in Ordnung. Die vorgeschriebenen Schließtüren und Wettertüren waren überhaupt nicht vorhanden. Nur an einer Stelle war eine Wettertür. Deshalb war die Kohlensäure, die in der 17. Abteilung ausgebrochen ist, in die 18. Abteilung gezogen und vergiftete und tötete dort auch alles. Wäre die Wetterführung in Ordnung gewesen, jede Abteilung für sich in der Wetterführung, wie vorgeschrieben, abgeschlossen, so hätten die Leute in der 18. Abteilung nicht vergiftet werden können.

Die Schuld der Grubenverwaltung ist einwandfrei erwiesen.

Die Bergarbeiter sind in verbrecherischer Weise ermordet worden. Der Mörder ist der Grubendirektor Dr. Gärtner. Die Bergbehörde, die monatelang diesen Zustand geduldet hat, ist mitschuldig.

Auffallend ist es, daß gerade die sozialdemokratischen Führer diesen verbrecherischen Grubendirektor so energisch verteidigen. Der kommissarische sozialdemokratische Landrat im Unglücksgebiet und der sozialdemokratische Regierungspräsident Lüdemann verbieten die kommunistischen Versammlungen. **Der Landrat beschlagnahmt eigenhändig die kommunistischen Zeitungen, er hintertreibt den Arbeitern die Versammlungslokale, damit die Bergarbeiter nicht zusammenkommen sollen, um die Schuldigen festzustellen. Im Reichstag verteidigen Limbertz und Husemann den kapitalistischen Verbrecher. Der Verband der Bergbauindustriearbeiter gibt ein Flugblatt zum Schutze der Grubenverwaltung heraus.**

Diese emsige Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürokratie zum Schutze des Grubenkapitals findet in diesem Falle ihre besondere Aufklärung in der Tatsache, daß der Direktor Dr. Gärtner ein guter Freund der sozialdemokratischen Bürokratie ist. Im Jahre 1918, als er noch alleiniger Privatbesitzer des Kurt-Schachtes war, trat er, um seine Gruben zu retten, in die Sozialdemokratische Partei ein. Mit der roten Fahne in der Hand, hat er in Neurode demonstriert. Als später unter Führung der Kommunalbürokratie Schlesiens die Aktiengesellschaft der konsolidierten Wenzeslaus-Grube zustande kam und in den Besitz der schlesischen Elektrizitätswerke gelangte, wurde Dr. Gärtner mit Hilfe der sozialdemokratischen Bürokratie Direktor. Bis zum Jahre 1928 blieb er dann noch Mitglied der sozialdemokratischen Partei, dann war er offiziell ausgetreten, weil die Neurodder sozialdemokratischen Arbeiter diesen Direktor in ihren Reihen doch nicht verdauen konnten. Dr. Gärtner blieb aber nach wie vor ein guter Freund und Berater der sozialdemokratischen Provinzbürokratie und wird heute noch als ihr Mann betrachtet. Deshalb auch die besonders eifrige Verteidigung durch die sozialdemokratische Bürokratie, durch den Landrat, durch Limbertz, Husemann und Kon. Die Blutschuld dieses Mannes ist aber so groß, daß es auch der sozialdemokratischen Bürokratie nicht gelingen wird, ihn davon reinzuwaschen. Immer stürmischer verlangen die Bergarbeiter:

Ins Zuchthaus mit diesem Mörder der 151 Bergarbeiter!

Delegierte wählen

und zwar auf der Grundlage einer guten Massenmobilisierung in den Betrieben und Gewerkschaften, das wird jetzt von Euch verlangt. Beeilt Euch, am 2. und 3. August tagt in Halle der

Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Sie lassen sich gut bezahlen

Die amerikanischen Gewerkschaftsbürokraten bekommen ein Jahresgehalt von über 20 000 Dollar
Die Bürokratie in Deutschland steht nicht weit zurück

Der sozialdemokratische „Fränkische Volksfreund" für Unterfranken bringt am 15. Juli folgende Mitteilungen aus Neuyork:

„Die Gehälter, die die Gewerkschaften in den letzten Jahren für ihre leitenden Beamten bewilligen, lassen sich sehr wohl mit den Gehältern der Vizepräsidenten der amerikanischen Banken und Großbetriebe vergleichen. So erhalten die Vorsitzenden des Musikerverbandes und des Bühnenarbeiterverbandes je 20 000 Dollars jährlich, dazu Spesenzuschüsse, die häufig die Hälfte des Jahresgehaltes erreichen. Die Gewerkschaften der Lastwagenführer, der Betriebsmaschinisten und der Konstruktionseisenarbeiter bezahlen ihren Präsidenten je 15 000 Dollars jährlich, wozu gleichfalls erhebliche Spesensätze treten. Die Präsidenten des amerikanischen Grubenarbeiterverbandes und des Verbandes der Fahrstuhl-Bauarbeiter beziehen 12 000 Dollars pro Jahr. Fünf andere Gewerkschaften weisen Jahresgehälter von 10 000 Dollars und Sonderfonds für ihre Vorsitzenden auf. Die zahlreichen übrigen Gewerkschaften zahlen Gehälter, die sich zwischen 9000 und 5500 Dollars bewegen, jedoch nie unter 5000 Dollars sinken. So zahlen die Asbest-Arbeiter und die Steinklopfer mit ihren geringen Beständen von 3500 bzw. 5600 Mitgliedern ihren Präsidenten ebenfalls 6000 und 5500 Dollars jährlich. Die Sekretäre beziehen in manchen Fällen die gleichen Gehälter wie die Vorsitzenden, in anderen Fällen zwei Drittel und nur in wenigen Fällen die Hälfte der Präsidentengehälter. Dazu kommen noch die Hilfskräfte, die gleichfalls sehr gut bezahlt werden."

Der Sinn dieser Mitteilungen des „Volksfreund" ist der, für eine Erhöhung der Gehälter der deutschen Gewerkschaftsbürokratie Stimmung zu machen.

Den Arbeitern Lohnabbau — den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten Gehaltserhöhung.

Dabei stehen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gar nicht sehr weit hinter ihren amerikanischen Kollegen zurück. Und seitdem der Vorstand der Arbeiterbank dem Aufsichtsratsmitglied Leipart in aller Stille ein Baugrundstück schenkte, haben sich amerikanische Gepflogenheiten in der deutschen Gewerkschaftsbürokratie immer mehr eingebürgert.

Eine wichtige Gerichtsentscheidung

Abfuhr der Gewerkschaftsbürokratie

Gefängnis für Besuch von Gewerkschaftsversammlungen beantragt — Die Gewerkschaftsmitglieder entscheiden

Der Sekretär Petzold der Baugewerkschaft Frankenberg hatte gegen den ausgeschlossenen Vorsitzenden der Zahlstelle Flöha des Baugewerksbundes, den Genossen Max Lange, Strafantrag beim Amtsgericht gestellt und gefordert, daß dieser zu 300 Mark Geldstrafe oder bis zu sechs Wochen Haft bestraft wird, weil er eine Versammlung des Baugewerksbundes besucht hatte.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Flöha erkannte den Ausschluß nicht an und forderte, daß der Genosse Lange auch weiterhin an den Versammlungen teilnehme. Die Bürokratie erwirkte darauf eine einstweilige Verfügung, wonach dem Genossen verboten wurde, an Mitgliederversammlungen teilzunehmen.

In einer neuen Mitgliederversammlung sollte über den Ausschluß des Genossen Lange gesprochen werden. Die Mitglieder forderten, daß er an der Versammlung teilnehme. Als die Bürokraten es ablehnten, über einen Antrag auch nur abstimmen zu lassen, wurde der Genosse Lange von einigen Bauarbeitern in die Versammlung hineingeholt und mußte dann auch dort sprechen.

Jetzt sollte erneut das bürgerliche Gericht helfen. Deshalb wurde der obige Strafantrag gestellt. Nach mehrstündiger Verhandlung mußte der Freispruch des Genossen Lange erfolgen. Damit ist gerichtsnotorisch festgestellt, daß die sozialfaschistische Bürokratie des Baugewerksbundes mit brutaleren Mitteln gegen oppositionelle Arbeiter vorgeht, als selbst ein bürgerliches Gericht.

Betriebsfaschismus erhebt überall in den Großbetrieben sein freches Haupt. Organisiert überall die roten Betriebswehren!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0005

HALLE

Dienstag, 22. Juli 1930.

Die drei Pioniere aus der Mongolei

Gestern überbrachten drei Mitglieder der mongolischen Kinderdelegation zum 2. Welttreffen der Arbeiterkinder ihren hallischen Freunden und Kampfgenossen die Grüße des Proletariats und der Arbeiterkinder aus dem fernen Osten. Ein Mädchen und zwei Jungens waren es, die gestern abend am Thielenplatz von der hallischen Arbeiterschaft mit riesiger Begeisterung empfangen wurden. Sie heißen: Syrendarijav, Samar und Pschynbjobr. Alle drei tragen sie lange, rotbraune Mäntel, die ihnen fast bis zur Erde reichen, schwarzsamtene, bestickte Kappen, unter denen das pechschwarze, strähnige Haar an den Seiten hervorquillt, und an den Füßen haben sie hellgelbe, seltsame Stiefel.

Es macht allerhand Schwierigkeiten, sich mit den kleinen braunen Genossen zu verständigen. Niemand von ihnen kennt ein Wörtchen einer anderen als der mongolischen Sprache, und nur ihr älterer Begleiter spricht russisch. Die Fragestellung geht also über zwei Dolmetscher. Zunächst einmal wollen wissen, wie sie die weite Reise überstanden haben. „Wir sind mit Autos und mit der Eisenbahn im ganzen sechs Wochen unterwegs", erzählt der Begleiter, „vorher aber mußten die einzelnen Kinder aus den Dörfern erst noch annähernd acht Tage auf Pferden und Kamelen zur nächsten Eisenbahnstation reiten. Als wir dann am Bahnhof anlangten, war gerade der Zug abgefahren und wir mußten sechs volle Tage und Nächte auf den nächsten warten. Am 1. Juni erst fuhren wir von Ulanbatyr ab."

„Was sagten denn die Kinder, als sie das erstemal eine richtige Eisenbahn sahen?"

„O, sie bekamen eine Heidenangst davor. Als dann plötzlich das Signal ertönte, lief die kleine Syrendarijav schreiend davon. Die Eisenbahn war für sie das größte Wunder, was sie je gesehen hatten. Neugierig betasteten sie die Fensterscheiben und die Türklinken. Sie kommen aus armen Dörfern, durch die noch nie ein Auto fuhr. Ihre Väter sind Bauern und Hirten. Einer von ihnen ist Mitglied einer modernen kommunistischen Kollektivwirtschaft."

Die Mongolenkinder sind ständig mit ihren neuen deutschen Pionierfreunden zusammen. Ihr langer, rotbrauner Delz und die Samtmützen, unter denen das strähnige Haar hervorquillt, stehen ihnen gut. Die nachtschwarzen Schlitzaugen blitzen keck. Die Eindrücke auf sie müssen überwältigend sein. Noch vor einem Jahrzehnt sind die Mongolen ein getretenes und versklaktes Volk gewesen, mußten schlimmer als Tiere leben, waren eine Kolonie des Imperialismus, und heute senden sie als ein freies, glückliches Volk eine Delegation zum Welttreffen aller Arbeiterkinder.

„Wir freuen uns über die deutschen Arbeiter", sagt der kleine Samar, „wir, die Kinder der arbeitenden Mongolen, wir kommen aus Zuwa und bringen die Grüße unseres gesamten Volkes mit uns."

Sie werden mit den Kindern der ganzen Welt in Berlin aufmarschieren!

Vorsicht! Nicht zu nahe kommen!

Die Saalestante ist nämlich rammdösig geworden. Diese kleine Kanaille aus der Brauhausstraße mimt „sittliche Entrüstung", weil die hallischen Pioniere in den Häusern für das Weltkindertreffen sammeln. Vorerst muß sie aber ihren Lesern — d. h. sämtlichen zahnlosen alten Jungfern und fettbäuchigen Spießern mit der Zipfelmütze, die es in Halle gibt, klarmachen, daß die Mongolen, die gestern in Halle weilten, gar nicht aus der Mongolei, sondern — aus Berlin-Wedding stammen. Nun, wir sind schon längst der Auffassung, daß der Sitz der geifernden Saalestante eigentlich in Nietleben sein müßte. Weil also die hallischen Pioniere in den Häusern sammeln, damit eine recht große Anzahl nach Berlin fahren kann, ergießt die Saalestante über die Kommunisten folgenden Schmutzkübel:

„Systematische Erziehung zum Betteln! Einen feinen Parteizweck haben sich die Kommunisten da ausgesucht. Schämen sollten sich die Gesellen, die noch stolz darauf sind, daß ihre sogenannten Jungpioniere wie Walzbrüder an den Türen klingeln und Almosen erschleichen."

Die Tante — hier kann man auch sagen Furie — meint also, wir sollten uns schämen. Das werden wir selbstverständlich nicht tun. Tagtäglich hetzt die Saalestante zum Krieg gegen die Sowjetunion. Tagtäglich schüttet sie Schmutz und Hohn über die hungernden Arbeitermassen aus. Die Saalestante verteidigt Kindereiend und Kinderausbeutung. Jawohl, es gibt Tausende von Arbeiterkindern, die betteln gehen oder sich „Almosen erschleichen" müssen, weil sie Hunger haben, weil ihre Väter arbeitslos auf der Straße liegen. Dagegen hat die Saalestante natürlich nichts einzuwenden. Im Gegenteil, sie verherrlicht noch die Zustände, unter denen unterernährte Arbeiterkinder betteln gehen müssen und in Massen dahinsterben!

Wir sagen deshalb aber nicht: „Pfui, Saalestante, schäme Dich!" Nein, wir werden sie zur gegebenen Zeit beim Schopfe nehmen und dahin befördern, wo sie hingehört: auf den Schutthaufen!

„Erneute KPD.-Pleite"

Das „Volksblatt" gibt sich furchtbare Mühe, um durch spaltenlange Schmierartikel seinem Bäckerdutzend Lesern zu „beweisen", daß die „Einflußlosigkeit der KPD. in Mansfeld immer offenbarer" wird. Gestern brachte es einen Artikel mit folgender Ueberschrift: „Noch keine Arbeitsaufnahme in Mansfeld." Darunter steht dann noch eine fette Zeile: „Erneute Pleite der KPD." Nach menschlichen Begriffen heißt das: Der Streik geht weiter — also hat die KPD. eine Pleite erlebt. Das SPD.-Blatt der Propaganda für den Lohnabbau und den Streikbruch kann an Weltwitzigkeit wahrlich nicht überboten werden. Wir möchten nur wissen, wieviel Leser des „Volksblättchens" infolge dieser „genialen Kombination" bereits verrückt geworden sind.

Hallisches Elend in Ziffern

60 000 Zahlungsbefehle im Jahre 1929

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind folgende Zahlenangaben aufschlußreich. Während beim Amtsgericht in Halle (Saale) im Jahre 1913 14 000 Zahlungs- und 5000 Vollstreckungsbefehle beantragt worden sind und in 3500 Sachen Widerspruch erhoben wurde, sind 1928 rund 54 000 Zahlungs- und 27 000 Vollstreckungsbefehle erlassen worden und ist Widerspruch in 13 000 Sachen erhoben worden. Für 1929 lauten die entsprechenden Zahlen 60 000 Zahlungsbefehle, 32 000 Vollstreckungsbefehle und 13 300 Widersprüche. Für 1930 muß mit einer weiteren Steigerung gerechnet werden.

An die Arbeiterfrauen des Stadtteils Zentrum!

Die Internationale Arbeiterhilfe veranstaltet am Mittwoch, dem 23. Juli, 20 Uhr in der „Goldenen Kette" eine öffentliche Frauenversammlung verbunden mit Lichtbildervortrag. Jede Arbeiterfrau wird hierzu eingeladen. Erscheint alle!

Proletarierkinder aus dem Fernen Osten in Halle

Massenkampf gegen die Brüning-Diktatur

Machtvolle Kundgebung der hallischen Arbeiterschaft auf dem Thielenplatz — Begeisterter Empfang der mongolischen Kinderdelegation — Heraus zum 2. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder in Berlin

Kopf an Kopf standen gestern abend die Arbeiter und Arbeiterinnen, Jungarbeiter und Jungpioniere von Halle auf dem Thielenplatz, um der Kinderdelegation aus dem Fernen Osten einen machtvollen Empfang zu bereiten. Aber nicht nur der Thielenplatz war dicht gefüllt. An den Seiten der anliegenden Straßen hatten sich die Massen spalierbildend gestaut. Alle waren in spannender Erwartung. Ueberall wurde lebhaft diskutiert. Nicht einmal ein Kindertreffen darf in Halle abgehalten werden. Die Reaktion und ihre sozialdemokratischen Stiefelleckerfürchten sich sogar schon vor den Arbeiterkindern. Seht doch dort. Ein gewaltiges Polizeiaufgebot steht bereit, um die „Ruhe und Ordnung" des Staates vor proletarischen Kindern zu schützen.

Kurz vor ½8 Uhr kam plötzlich Bewegung in die Massen. Soeben waren die Kinder aus dem Fernen Osten mit ihren Begleitern aus dem Bahnhofsgebäude am Thielenplatz getreten, die Hand zum Pioniergruß erhoben. Ein ungeheurer Jubel ging durch die Masse. Die drei kleinen Mongolen wurden umdrängt und bestürmt. Jeder wollte sie zuerst sehen. Als sie dann auf dem Thielenplatz auf die Schultern gehoben wurden, brach ein ungeheurer Begeisterungssturm aus.

Die Abgesandten aus dem Fernen Osten zum 2. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder wurden von der hallischen Arbeiterschaft mit einem donnernden „Rot Front" begrüßt.

Dann ergriff als Vertreter der Kommunistischen Partei der

Genosse Wilhelm Koenen

zur Begrüßung der mongolischen Delegation das Wort:

„Klassengenossen und Klassengenossinnen!

Als Auftakt zum 2. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder in Deutschland sind die Pioniere des mongolischen Proletariats zu uns nach Halle gekommen. Sie kommen aus dem vom Joche der Unterdrückung befreiten Lande der Mongolei im Fernen Osten nach dem Lande der Diktatur in Deutschland. Bisher hat es immer geheißen, in den Ländern des Ostens herrscht Barbarei und asiatische Unkultur, aber bei uns in Deutschland gibt es Volksfreiheit und Demokratie. Ja, wir haben es herrlich weit gebracht mit unserer Demokratie in Deutschland!

Wir haben es so weit gebracht, daß man in Deutschland der Volksfreiheit zur Begrüßung einer Delegation nicht einmal mit Musik durch die Straßen ziehen darf. (Stürmische Pfuirufe!)

Aber trotz dieser Nadelstichschikanen der herrschenden Klasse, trotz dieser gehässigen, kleinlich-widerwärtigen Methode der Unterdrückung werden wir es verstehen, unsere Arbeit und unsere Aufgaben mit Wucht und Energie weiterzuführen!

Der reaktionäre Magistrat von Halle hat die Abhaltung des Welttkindertreffens in Halle verboten. Als Begründung wurde angeführt, daß große gesundheitliche Gefahren entstehen, wenn Kinder aus Ländern, in denen kein Impfzwang besteht, nach Halle kommen würden. Also hört es, Arbeiter!

Weil die ausländischen Kinder nicht preußisch-republikanisch geimpft sind, dürfen wir kein Kindertreffen abhalten.

Man stelle sich diesen Hohn, diese Geistesverwirrung vor. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß dieses Verbot von einem Sozialdemokraten Dölz ausgefertigt und unterschrieben wurde. (Stürmische Pfui-Rufe!) Aber Dölz steht nicht allein da. In nicht weniger als 62 Amtsbezirken aus der näheren Umgebung von Halle ist das Verbot des Weltkindertreffens ausgesprochen worden. 62 Despoten, „kleine Könige", haben den „Befehl" gegeben, daß in ihrem Amtsbereich das Weltkindertreffen verboten ist. (Große Heiterkeit!) Aber die Verbotslawine wächst weiter. Soeben erfahren wir, daß in Sachsen, in jenem „Arbeiterland", in dem die Sozialdemokraten die Oberhand haben wollen, es

den sächsischen Proletarierkindern verboten ist, überhaupt zum Welttreffen der Arbeiterkinder nach Berlin zu fahren.

So sieht sie aus, die deutsche Republik! Ist das nicht der Geist der finstersten Reaktion, der in ihr herrscht? Vor hundert Jahren hätten die Dichter diese Republik nach allen Regeln der Kunst verhöhnt und verspottet. Was werden unsere mongolischen Delegierten sagen, wenn wir ihnen mitteilen, daß sie aus dem fernen, angeblich unkultivierten Lande der Mongolei trotz wochenlanger Reise die Möglichkeit haben, zum Slot nach Deutschland zu fahren, derselbe aber den Arbeiterkindern aus dem „Kulturlande" Deutschland, den Arbeiterkindern von Sachsen, verboten ist!

Genosse Koenen kennzeichnet dann in scharfen Worten das Diktaturregiment der Brüning-Hindenburg. In Deutschland werden Massenausplünderung und Massenaushungerung auf dem Wege der Diktatur verwirklicht. Die Bourgeoisie kennt keinen Ausweg mehr aus der Krise, aus ihren Schwierigkeiten.

Das muß uns veranlassen, die Arbeiterschaft überall in den Betrieben, auf den Stempelstellen, aufzurütteln, und ihnen klarzumachen, daß die Bourgeoisie und ihre national- und sozialfaschistischen Hilfstruppen keinen Ausweg aus dem Elend kennen.

Allein die Kommunistische Partei zeigt den Weg der Befreiung aus Elend und Not, den Weg des revolutionären Klassenkampfes. Massenkampf gegen die Brüning-Diktatur, **Massenkampf für die Schaffung eines Sowjetdeutschland, für dieses Ziel gilt es vor allem angesichts der Reichstagswahlen die breiten Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu mobilisieren.**

Mit diesem Gelöbnis begrüßen wir auch die Abgesandten aus der befreiten Mongolei mit einem kräftigen „Rot Front!"

Dann sprach ein Delegierter aus dem Fernen Osten. Man merkte es sofort: Hier sprach kein von der zaristischen Unkultur verschüchtertes Kind, hier sprach ein Kind, in dessen Worten ein ungeheurer Klassenstolz zum Ausdruck kam. Die Sprache konnte niemand verstehen, aber der jugendliche Kämpfer, der da sprach, fand den Weg zu den Herzen. Der junge Kämpfer überbrachte heiße Kampfesgrüße der befreiten Arbeiter aus dem Fernen Osten, die vor neun Jahren das Joch der Unterdrückung abgestreift haben. Wir haben jetzt eine Regierung der Arbeiter und Bauern, wir haben die Gutsbesitzer zum Teufel gejagt.

„Wir werden auch den deutschen und allen Proletariern der Welt bei ihrem Kampfe helfen, damit sie auch ihren Befreiungskampf siegreich durchführen können, denn wir sind international."

Diese Ausführungen des mongolischen Delegierten wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen. Nach Abschluß der Kundgebung formierte sich ein gewaltiger Demonstrationszug, der sich durch die Straßen der Stadt nach der Peißnitz bewegte. Die mongolischen Delegierten wurden überall stürmisch begrüßt und bewundert. Auf der Peißnitz fand dann eine wuchtige Abschlußkundgebung statt, bei der Vertreter des KJVD., der Kommunistischen Partei und auch ein Vertreter der KP. der Mongolei sprachen. Mit dem Gesang der „Internationale" gingen die Massen in später Abendstunde auseinander.

Große Funktionär-Versammlung

aller proletarischen Massenorganisationen, aller Betriebsräte und Vertrauensleute

am Mittwoch, dem 23. Juli, abends 8 Uhr, im Saale der Produktiv-Buchdruckerei.

Tagesordnung: Der Anti-Kriegsaufmarsch am 1. August!

Bezirksleitung der KPD.

Leuna-Arbeiter!

Heraus zur öffentlichen Belegschaftsversammlung

am Dienstag, dem 22. Juli, 20 Uhr, im kleinen Saal des „Volkspark".

Thema: 1. Bevorstehende Entlassung weiterer 1000 Leuna-Arbeiter und Lohnabbau! 2. Stellung zur Maßregelung des roten Betriebsrates Franke.

Mitwirkung der „Roten Schmiede".

Zugang vom Advokatenweg, da im Garten Konzert.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Berger verhaftet

Die Hauptschuldigen laufen frei herum

Der frühere Stadtbankdirektor Berger ist auf Grund des gegen ihn erlassenen Steckbriefes in Glogau festgenommen worden. Er wird nach Breslau übergeführt, um dort seine Strafe zu verbüßen. Berger wurde seinerzeit als Hauptangellager im hallischen Stadtbankprozeß, in dem die ungeheuerliche Korruptionswirtschaft in der Stadtbank, durch welche zwölf Millionen Steuergelder verpulvert wurden, behandelt wurde, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er war seit Ende Januar d. J. flüchtig. Berger sitzt, aber die Hauptschuldigen, Rive usw., laufen frei herum.

Nicht von der Straßenbahn abspringen

Am 20. Juli 1930 erlitt der 70jährige Telephonist i. R., Franz Thurm, Magdeburger Straße 10 wohnhaft, an der Haltestelle Margaretenstraße dadurch einen schweren Unfall, daß er von einem in langsamer Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen absprang und auf der Straße zu Fall kam. Da er äußerliche Verletzungen nicht hatte und sonst nur über leichte Schmerzen in der linken Seite klagte, kam der Straßenbahnschaffner seinem Verlangen nach und ließ ihn allein nach seiner Wohnung gehen. In seiner Wohnung angekommen, ist er dann aber nach wenigen Stunden anscheinend an inneren Verletzungen verstorben.

Liederabend der Roten Hilfe

zugunsten der verhafteten Mansfeld-Arbeiter am Freitag, dem 25. Juli, abends 20 Uhr im „Volkspark".

Mitwirkende: Volkschor Halle — Rote Schmiede

Referent: Wilhelm Pieck, M. d. R.

Massen, heraus für die verhafteten Mansfeld-Arbeiter!

Eintritt 40 Pfennig. Erwerbslose 20 Pfennig.

Rote Hilfe, Ortsgruppe Halle.

Schundfilme in Halle

Im Ufa-Kino in der Leipziger Straße läuft ein Film „Die stärkere Macht", der das Schicksal einer Verbannten im zaristischen Rußland schildern soll. Da wird dem Zuschauer mehr zugemutet, als sogar ein Gaul vertragen kann. Verbannte werden gezeigt in einem Aufzug, wie sie niemals existiert haben. Die Macher des Films beanspruchen für ihre Schundhandlung als Rahmen nicht weniger als den Bau und sogar die Eröffnung der transsibirischen Eisenbahn. Auf dieser Bahn sieht man dann moderne deutsche Eisenbahnwagen und Kupees, die es auf russischen Eisenbahnen niemals gab. Was macht's, die deutschen Zuschauer wissen ja nichts davon. Die Unwissenheit und Schlappigkeit, mit der das gemacht ist, wird ergänzt durch die erbärmliche Handlung, in der ein Verbannter zur Karikatur gemacht wird: Er rettet einen ganzen Jubiläumszug voll zaristischer Scheusale, um seiner Tochter willen. Daß diese Tochter in den Sohn des grausamen Gouverneurs und der in sie verknallt ist, kann ja gar nicht anders sein. Und daß die Tochter des verbannten Rebellen in der Kirche rumrutscht, gehört in solchen Fällen dringend mit dazu. Wenn das „Volksblatt" diesen Film lobt über den grünen Klee, so beweist das nur, wo geistige Dürftigkeit zu Hause ist.

Wer mächtig angelogen sein will und mal sehen möchte, wie der gute Ruf von Russenfilmen von Nichtrussen mißbraucht wird für ihre Zwecke, der sehe sich diesen Film an.

Geht es schon wieder los

In dieser Nacht stieg im Obdachlosenasyl Weingärten ein Mann, dessen Familie sich im Asyl befindet, über die Mauer, um zu seiner Familie zu gelangen. Er schlug dann die Scheibe in der Pförtnerloge ein. Der Hausvermalter, der einen Einbruch vermutete, gab einen Schreckschuß aus seiner Dienstpistole ab. Verletzt wurde niemand. Der Eingedrungene wurde der Polizeiwache zugeführt

Der Schuß in den Benzintank

Heute früh gegen 1.25 Uhr wurde von einem unbekannten Täter ein Pistolenschuß auf den Benzintank eines vor dem Rosengarten stehenden Personenkraftwagens abgegeben. Aus dem durchschossenen Benzintank flossen etwa 20 Liter Brennstoff heraus.

Achtung, Hallische Slot-Fahrer!

Die Abfahrt der hallischen Autos erfolgt Mittwochvormittag 11 Uhr Thielenplatz! Die hallischen Teilnehmer treffen sich dort pünktlich!

KPD. Stadtteil Westen. Alle Genossen, die mit zum 2. Slot nach Berlin fahren wollen, werden ersucht, heute abend 8 Uhr in der Produktiv zu erscheinen. Fahrpreis beträgt 4,50 Mark. Abfahrt Sonnabend nachmittag.

Der Sittlichkeitsverbrecher, der in letzter Zeit sich in verschiedenen Straßen der Stadt an Kindern unsittlich vergangen hat, ist ermittelt und dem Gericht zugeführt worden.

Volkspark. Morgen, Dienstag, findet das 11. Sommerkonzert unter Leitung von Benno Plätz statt.

Zoologischer Garten. Mittwoch, den 23. Juli, 16 Uhr, Nachmittagskonzert des Hallischen Sinfonie-Orchesters. Leitung: Paul Burghaus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0006

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Heraus aus der Kirche!

Von jeher war es so, daß in Zeiten politischer Hochkonjunktur, mit dem Anwachsen wirtschaftlicher und politischer Kämpfe diese auch von einem Anschwellen des Kulturkampfes begleitet waren. Am deutlichsten drückte sich dieses aus in der Schaffung neuer proletarischer Kultureinrichtungen und der Loslösung von den alten Kulturorganisationen, so insbesondere auch von der Kirche.

Die Beendigung des Weltkriegs veranlaßte z. B. 56 000 Menschen, aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche und 5000 aus der römisch-katholischen Gemeinde auszutreten. Bis zum Krisenjahr 1923 sank die Zahl der Austritte bis auf ein Zwanzigstel herab, um dann wieder bis zum Jahre 1925 eine rapide Steigerung bis etwa ein Fünftel der oben genannten Zahl von 1919 zu erreichen. Wir ersehen daraus deutlich den Einfluß der Krise auf die Kulturbewegung, wie auch alle Veränderungen in den Religionen kulturwirtschaftlich bedingt waren, also ohne göttlichen oder übernatürlichen Einfluß zu erklären sind.

Interessant sind die Zahlen der Kirchenaustritte der letzten fünf Jahre, die wir folgen lassen:

Evang.-luth. Landeskirche:		Röm.-kath. Gemeinde:	
1925:	12 929	1925:	648
1926:	8 778	1926:	546
1927:	13 044	1927:	689
1928:	11 630	1928:	746
1929:	8 624	1929:	572

Das Jahr 1925 zeigt noch die Nachwirkungen der Inflation. Die Zahlen der folgenden Jahre sind von der auf Geheiß der SPD.-Führer nachlassenden Kirchenaustrittspropaganda abhängig, die bedingt war durch ihre Koalitionspolitik.

Die gesteigerte Aktivität der proletarischen Freidenker und die immer mehr anwachsende Not der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums, die steigende Erkenntnis über die Notwendigkeit des Klassenkampfes und als dessen notwendige Ergänzung des Kulturkampfes, werden die Zahlen der Kirchenaustritte ganz erheblich steigern. Innerlich ist jeder Arbeiter und jede Arbeiterin der Kirche völlig entfremdet. Sie müssen auch den letzten Schritt vollziehen und den Austritt aus der Kirche erklären.

Versetzt den Pfaffen einen Fußtritt! Jeder Austritt aus der Kirche, jede Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht ist ein Schlag gegen die Kriegshetzer von 1914, gegen die pfäffischen Hetzer zur imperialistischen Intervention gegen die Sowjetunion! Legt den Pfaffen das Handwerk!

Der Antikriegstag am 1. August muß im Zeichen einer verstärkten Kirchenaustrittsbewegung stehen!

Hallo, Hallo!

Arbeiterkinder und Pioniere von Piesteritz, Klein-Wittenberg und Wittenberg erscheint restlos zu der am Dienstag, dem 22. Juli, abends ½7 Uhr stattfindenden Slot-Kundgebung. Auch das Erscheinen Eurer Eltern ist dazu notwendig! Seid bereit! JSB. Piesteritz.

Neuer Skandal der Leipziger Stadtbank

250 000 Mark Verlust der Stadtbank als Folge verantwortungsloser Finanzpolitik

Unser Bruderblatt, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung", konnte schon mehrfach den Beweis erbringen, in welch unverantwortlicher Weise die Verwaltung der Leipziger Stadtbank durch eine vollkommen verfehlte Finanzpolitik Unsummen von städtischen Geldern verpulverte.

Heute ist sie in der Lage, mit neuem Material aufzuwarten und einen neuen Skandal der Stadtbank klarzulegen. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom Freitag, dem 11. Juli, steht im Handelsteil unter „Insolventen" (zahlungsunfähig) folgende Notiz:

„Das Versand und Exporthaus Georg Bernhardt in Leipzig C 1 (Brandenburger Straße 14—18) strebt, wie wir hören, einen außergerichtlichen Vergleich an. Forderungen bis 500 Mark sollen voll befriedigt werden und die übrigen Gläubiger 50 Prozent in Raten erhalten. Die Großgläubiger haben dieser Regelung bereits zugestimmt. Die Warenschulden betragen ungefähr 950 000 Mark."

Zu den in der Notiz angegebenen Warenschulden kommen nach Informationen noch Bankschulden in mindestens der gleichen Höhe hinzu.

Wichtig ist nun, daß neben dem Bankhaus Kroch jr., Leipzig, die Stadtbank Leipzigs mit mehr als 500 000 Mark (der Saldo war im Januar d. J. zirka 450 000 Mark) als Kreditgeber für die bankrotte Firma in Betracht kommt. Wie aus der Notiz hervorgeht, ist mit den Großgläubigern, also mit der Stadtbank, bereits eine Regelung dahingehend getroffen worden, daß 50 Prozent der Kreditsumme in Raten gedeckt werden sollen. Das bedeutet also, daß durch die verfehlte Krediteinräumung der Stadtbank eine Viertelmillion Mark als Verlust zu buchen sind.

Dieser neuerliche Skandal muß die werktätige Bevölkerung, insbesondere die kleinen Sparer, zum schärfsten Protest gegen das Geschäftsgebaren der Leipziger Stadtbank veranlassen.

Wir sind gewiß, daß die Leipziger Stadtbank bzw. die jetzige Stadt- und Girobank ihre von kapitalistischen Interessen geleitete Finanzpolitik weiter in der bisher bekannten Art fortsetzen wird. Wir werden mit noch mehr und ausführlicherem Material das Finanzgebaren der städtischen Körperschaften rücksichtslos im Interesse der werktätigen Bevölkerung anprangern.

Vor 16 Jahren — — —

„Des Vaterlandes Dank ist Euch gewiß"

(Kriegsbeschädigten-Korrespondenz)

Wer hat als Frontsoldat dieses Wort von irgend einem „Höheren" nicht zu hören bekommen? Wieviele Verwundete und Krüppel sind in den Lazaretten, in denen sie wieder zusammengeflickt wurden, nicht damit getröstet worden? Und wieviele, die draußen geblieben sind, haben am Dank des Vaterlandes nichts verloren! Wie dieser Dank aussieht, dafür ein Beispiel:

Ich bin seit November 1929 erwerbslos und erhalte für zwei Personen 12,60 Gulden Unterstützung. Weshalb nicht mehr? Weil ich Kriegsbeschädigter bin und als solcher die fürstliche Rente von 28 Gulden monatlich beziehe. Ich bin 30 Prozent erwerbsunfähig. Diese Rente wird mir mit 0,54 Gulden pro Tag auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet, wir könnten sonst zu fett werden! Bei uns ist doch jetzt Parole: Sparen!

Meine 30 Prozent Dienstunfähigkeit besteht im Verlust des rechten Augenlichtes. Durch daraus entstehende Ueberanstrengung des linken Auges ist dessen Sehkraft sehr geschwächt. Laut ärztlicher Untersuchung bin ich sogar für die Eisenbahn-Stoppkolonne unbrauchbar erklärt. Ich beantragte daraufhin eine Berufsberatung, welche auch stattfand. Zum Schluß hieß es: „Es tut uns leid, daß Sie .. usw. Sie bekommen Bescheid."

Dieser Bescheid sah folgendermaßen aus. Es gelang mir, für drei Wochen ein „Schauchen" zu machen. Da schrieb mir das Fürsorgeamt: „Wir haben festgestellt, daß Sie gegenwärtig beim Arbeitsamt nicht erwerbslos gemeldet sind." Ich erneuerte darauf meinen Antrag, aber keine Antwort. Also ging ich selbst hin.

Arbeitslose haben ja bekanntlich Zeit. Es begann also das Suchen nach dem „Richtigen", denn keiner wollte zuständig sein. Aber endlich hatte ich doch einen wohlgenährten Herrn erwischt, dem die anstrengende Arbeit als Beamter bisher nichts anhaben konnte. „Was wollen Sie?", wurde ich abgefertigt. „Glauben Sie, wir können für jeden arbeitslosen Kriegsbeschädigten Arbeit besorgen? Hungern? Das geht uns nichts an. Das Gesetz besagt... Und dann sind Sie bloß 30 Prozent kriegsbeschädigt. Wir besorgen nur Arbeit für Beschädigte von 50 Prozent ab. Warten Sie, ob man Ihnen eine Beihilfe geben wird."

Damit hatte ich den Dank des Vaterlandes weg. Ich wünschte dem Herrn weiterhin beste Gesundheit zum Wohle unseres Freistaates und ging. Und die Moral der Geschichte:

30 Prozent Erwerbsunfähigkeit genügen nicht!

Darum, liebe Volksgenossen! Beim nächsten imperialistischen Krieg, der bereits mit allen Mitteln vorbereitet wird, und sicher nicht mehr lange auf sich warten läßt, „Immer feste druff" wie 1914 bis 1918. Wem es nicht vergönnt ist, für des „Vaterlandes Ehre" den Heldentod zu sterben, der komme wenigstens nicht unter 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit heim, sonst ist für ihn der Dank des Vaterlandes sch...

Verschärfter Kampf gegen die Nazi-Pest

Was heißt „Nationalsozialismus"

„wird mit dem Tode bestraft ... wird mit dem Tode bestraft"

Die bekannte Zeitschrift „Der Rote Aufbau" wendet sichmit einer Rundfrage über den Nationalsozialismus an eine Reihe von Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Eine solche Rundfrage besitzt im Augenblick aktuelle Bedeutung; und weil in dieser Rundfrage eine ganze Reihe von Punkten aufgeführt sind, die auch weiteren Kreisen nicht genau bekannt sein dürften, bringen wir mit Erlaubnis des „Roten Aufbau" diese Rundfrage im folgenden zum Ausdruck. Die Red.

Ist Ihnen bekannt,

daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens Abänderungsanträge einbrachte (Reichsdrucksache Nr. 1741 vom 13. März 1930), in denen u. a. gefordert wird:

§ 1. Landesverrat wird mit dem Tode bestraft.

§ 2. Wehrverrat (d. h. Bekämpfung oder Leugnung der allgemeinen Wehrpflicht, Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung, Billigung der Fahnenflucht usw.) wird mit dem Tode bestraft.

§ 3. Wer öffentlich in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise Deutschlands Alleinschuld oder Mitschuld am Weltkrieg behauptet ... wird wegen Volksverrats mit dem Tode bestraft.

§ 4. Wirtschaftsverrat wird mit Zuchthaus bestraft. (Nach § 7 in schweren Fällen mit dem Tode).

§ 5. „Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen oder in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise solche Bestrebungen fördert (also alle Gegner des § 218 des StGB.. Die Red.) oder wer durch Vermischung durch Angehörige der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbigen Rassen zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats imt Zuchthaus bestraft." (Nach § 7 in schweren Fällen Todesstrafe.)

§ 6. „Wer lebende oder tote deutsche Nationalhelden, Heerführer oder Inhaber der höchsten deutschen Tapferkeitsorden ... oder wer die frühere oder jetzige deutsche Wehrmacht oder Abzeichen oder Symbole der Landesverteidigung, insbesondere Ehrenzeichen, Uniformen, Flaggen ... beschimpft, verächtlich macht oder in Aergernis erregender Weise mißachtet ... wird mit Zuchthaus und in besonderen Fällen mit körperlicher Züchtigung bestraft."

*

Ist Ihnen bekannt,

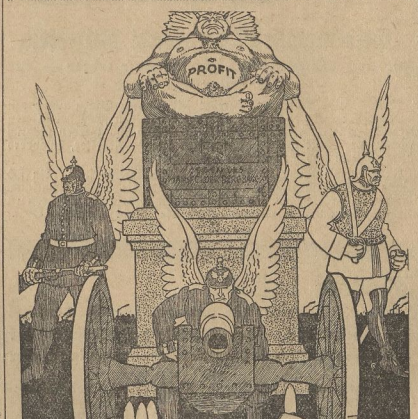
daß die Nationalsozialisten in Thüringen die Kopfsteuer eingeführt haben,

daß sie in Koburg, wo sie die Mehrheit haben, sofort Steuererhöhungen durchführten,

daß sie für die Vergrößerung der Wohnungsnot eintraten, indem sie gegen die Verwendung der Rückflüsse aus der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau stimmten?

Ist Ihnen bekannt,

daß die Nationalsozialisten gegen das Republikschutzgesetz stimmten, sich jedoch in Thüringen zur Begründung des Verbots von Arbeiterzeitungen auf dieses Gesetz beriefen.



Solche richtige Karrikatur des heutigen Harnack-Terrors brachte die SPD. beim Mansfeldstreik 1909 in ihrem Flugblatt „Der Militarismus und die Arbeiterklasse".

Die Uniformen haben sich geändert — der bürgerliche Klassenstaat ist auch im Zeichen der „Demokratie" Klassenstaat geblieben und hat sich unter Leitung der SPD.-Bonzen faschisiert.

Frauen, erinnert ihr Euch noch?

Während des Krieges verschenkte das kaiserliche Ministerium des Innern, unfähig, für die Ernährung der Massen zu sorgen, zu Zehntausenden ein Buch

„Die Ernährung im Kriege".

Dieses Buch stellt eine einzige Verhöhnung der Arbeiterfrauen dar. Einige Zitate:

„Die Hausfrau muß aber auch dafür sorgen, daß im Ganzen weniger gegessen wird. Eine ganze Anzahl von Deutschen ißt tatsächlich zu viel. Im Durchschnitt kann man sagen, daß die Deutschen bisher um zwei Fünftel mehr gegessen haben, als sie brauchten, um satt zu werden und gesund zu sein. Es ist viel gesünder, selten am Tage zu essen!"

„Jeder muß das Seine, muß sein Bestes tun, muß es ohne Murren tun, gern und treu. Und dann dürfen wir vertrauen, daß der Herrgott, der die Schlachten lenkt, das deutsche Volk erhört, wenn es in dieser heiligen Kriegsnot sein Kriegsgebet spricht: Unser täglich Brot gib uns heute!"

Arbeiterfrauen! Noch einmal? Nein!

Darum

Heraus zur Demonstration am 1. August

Das zweite Lebensmittelauto nach Mansfeld

Die aktive praktische Solidarität der Leipziger Arbeiterschaft

Am Freitagabend kam der dritte Transport Mansfelder Kinder nach Leipzig. Wieder wurden 40 Kinder aus dem mansfeldischen Gebiet von den Leipziger Arbeitern aufs herzlichste in Empfang genommen, wieder zeigte die Leipziger Arbeiterschaft ihre Verbundenheit mit den kämpfenden Klassengenossen in Mansfeld. Auf der Rückfahrt nahm das Auto den zweiten Transport Lebensmittel und Kleidungsstücke nach Eisleben mit. Erstaunt und verwundert ob der Solidarität und der praktischen Hilfe der Leipziger Arbeiter betrachteten die Mansfelder Genossen, die das Auto in Empfang nahmen, die Lebensmittel, die zum Vorschein kamen. 263 Dosen Konserven, 6 Zentner Kartoffeln, 4 Zentner grüne Bohnen, 1 Zentner Kohlrabi, 100 Würste, 10 Speckseiten, 2 große Kisten, insgesamt 3½ Zentner Reis, Zucker, Kakao, Haferflocken und verschiedene Lebensmittel sowie Kleidungsstücke und sonstige Bedarfsgegenstände wurden ausgeladen.

Kurze aber heiße Worte des Dankes gaben die Mansfelder Proleten unseren Genossen mit für die Leipziger Arbeiterschaft und das Gelöbnis, alles daran zu setzen, den Kampf weiterzuführen, zusammenzustehen und alle Kräfte einzusetzen für den Sieg über den gemeinsamen Feind, das Unternehmertum, die faschistischen Streikbrecher und die reformistischen Verräter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0007

Mansfelder Kreise

Die blamierte Klassenjustiz

Genosse Beck mangels hinreichender tatsächlicher Belastung außer Verfolgung gesetzt.

A.-K. In Sachen des wegen „Vorbereitung zum Hochverrats" angeschuldigte Genosse Beck (bekanntlich sollte der Genosse die Zeitung „Der Polizeibeamte" unter der Sangerhäuser Polizei vertrieben haben) wurde jetzt vom Reichsgericht, 4. Strafsenat, folgender Beschluß zugesandt:

„In der Strafsache gegen den Invaliden Paul Beck aus Sangerhausen, geboren am 26. Februar 1900 in Kindelbrück (Kreis Weißensee), wegen Vorbereitung zum Hochverrat, hat das Reichsgericht, 4. Strafsenat, in der Sitzung vom 12. Juli 1930 nach Anhörung des Oberreichsanwalts beschlossen:

Der Angeschuldigte wird mangels hinreichender tatsächlicher Belastung außer Verfolgung gesetzt. Die Kosten des Verfahrens trägt die Reichskasse.

gez.: Lorenz. Schwarz. Gerlach."

Darüber werden die politischen Gegner unserer Bewegung in Sangerhausen nicht erfreut sein, hatte man doch mit einer bestimmten Verurteilung des Genossen Beck gerechnet, und zwar deshalb, weil man die Entfernung des Genossen Beck aus Sangerhausen wünschte. Dieser politische Wunsch ist nun nicht in Erfüllung gegangen. Unser „herzlichstes Beileid".

Auch dem Renegaten Franzke sein Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen. Franzke war es doch, der in einer Invalidenversammlung einmal den Genossen Beck zurief: „Du bist reif fürs Zuchthaus!" Genosse Beck wird weiter seiner revolutionären Pflicht im Interesse der proletarischen Klasse nachgehen.

22.7.30

Das freut die Mansfeld-Kumpels

Erfolgreiche Sammelaktionen in Sangerhausen

A.-K. Von einigen Parteigenossen und -genossinnen wurden in den letzten Tagen in Sangerhausen für die streikenden Mansfelder Kumpels folgende Lebensmittel gesammelt:

25 Brote, 6 Käse, 2 Pakete Margarine, ½ Pfund Schinken, ½ Pfund Fett, 4 Pfund Speck, 6 Leberwürste, 4 Bratwürste, 7 Rotwürste, 25 Pfund Rindfleisch, 40 Pfund Erbsen, 6 Pfund Linsen, 2 Pfund Bohnen, 4 Pfund Reis, 8 Pfund Zucker, 6 Pfund Mehl, 2 Pakete Nudeln, 3 Pakete Haferflocken, 8 Päckchen Maggi, 1 Dose Maggi, 10 Köpfe Kohl, 30 Köpfe Kohlrabi, 3 Pfund Möhren, 2 grüne Gurken, 1 Pfund Kakao, 3 Pfund Korn-Kaffee, 5 Päckchen Pudding, 2 Sack Kartoffeln und 2 Paar Pantoffel.

Diese Spenden wurden von arbeiterfreundlichen Geschäftsleuten gegeben, wofür wir hier unseren öffentlichen Dank aussprechen. Die Waren gingen sofort per Auto nach dem Streikgebiet Mansfeld. Ein Bravo den Sangerhäuser Genossen!

Winkler und Beume werden frech

Wie jetzt bekannt wird, haben im Prozeß wegen der Unregelmäßigkeiten beim Arbeitsamt Eisleben die Angeklagten Winkler und Beume Berufung gegen das für sie ergangene Urteil eingelegt.

Strolche oder Narren?

A.-K. Merseburg. „Streikposten 365." „Im Hauptquartier der Mansfeld Zentralstreikleitung", so betitelt das Schmierblatt aus der Großen Märkerstraße in seiner Nr. 163 einen Erguß.

Man weiß wahrlich nicht, was man bei diesen Kerlen mehr bewundern soll, ihre Strolchigkeit oder ihre ausgesprochene Dummheit. Allein die Bilder sprechen Bände, in dem einen: „Kumpel entscheide Dich, entweder — oder", schlagen sie sich selbst ins Gesicht. Der Bonze geschniegelt vom Scheitel bis zur Sohle Gentlemen, der Kumpel in schäbigem Kittel. Doch man kann ja wagen, seinen Schäfchen solches zu bieten. Was ein strammer SPD.-Mann ist, nimmt alles von seinen Sudelköchen der Märkerstraße als selbstverständlich hin.

Doch den Gipfel der Dummheit erklimmen sie, indem sie schreiben, plötzlich klingelt das Telephon, die Kreissparkasse ruft an und will wissen, wieviel Geld die Streikleitung der Reformisten braucht, um die fällige Streikunterstützung zu zahlen. Und schon springt der Oberschieber ans Telephon und es hagelt nur so 50 000 von diesen Scheinen, 20 000 von jenen Scheinen bis herunter zum 5-Pfennig-Stück. Summen dürfen wir nicht nennen, da sonst die Bergwerksdirektion und jene Suppenköche in Eisleben davon erführen, erklärt der Bonze.

Wer lacht da? Als ob die Bergdirektoren nicht im Bilde wären, wer die Anhänger jener Sozialfaschisten sind. Und die „Köche" in Eisleben? Nun, die wissen ebenfalls Bescheid, wer von jenen sein Geld bekommt.

Der Aufsatz geht nun noch in derselben Litanei weiter, um dann zum Schluß mit einer Schnoddrigkeit sondergleichen zu beweisen, daß jenes Gesindel längst kein Verständnis mehr für das Elend des Proletariats besitzt.

Aber langsam beginnt der Arbeiter zu begreifen, daß er von jenen Strolchen nichts zu erwarten hat und nur die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ihnen den Weg zur Freiheit zeigt.

„Kolonne Links" erobert das Land

A.-K. Hettstedt. Am Donnerstagnachmittag spielte die „Kolonne Links" in Hettstedt. Weit über tausend Arbeiter und Arbeiterfrauen und Kinder waren ihre begeisterten Zuhörer und Zuschauer. „Kolonne Links" hat sich im gesamten Mansfelder Land die Herzen der streikenden Arbeiterschaft erobert. Ueberall, wohin man auch kommt, hört man dasselbe gute Urteil über die Leistungen der Jungens und Mädels von der „Kolonne Links". „Die müßten immer bei uns sein, da lernt man ja mehr von den Zusammenhängen der kapitalistischen Wirtschaft und über die Aufgaben, welche vor uns stehen, als in ein paar Versammlungen", so sagten mir ein paar Frauen.

„Kolonne Links" versteht es, Stimmung zu machen, die Proleten anzufeuern und ihnen die Notwendigkeit des Kampfes gegen das verrottete kapitalistische System klarzumachen. Schmissig ist ihr Auftreten, alles klappt, eine glänzende Kollektivarbeit kann man bewundern. Ein knorker Berliner Junge ist der Anjager. „Dem seine schlagfertige Gusche ist mehr wert als alles andere", sagten die Hettstedter Arbeiter. „Kolonne Links" bringt viel Neues, und es ist zu betonen, daß das, was sie bringt, von ihr selbst erdacht worden ist. Sie ist eine vorzügliche Agitationstruppe des Proletariats und man kann der Arbeiterschaft Mitteldeutschlands nur raten, in allen Orten, wohin die Truppe noch kommt, die Veranstaltungen zahlreich zu besuchen. Jeder wird neuen Kampfesmut mit nach Hause nehmen. Etwas von der Frische und Elastizität dieser springlebendigen Jugend wird auf alle etwas müde gewordenen Arbeiter übergehen. Um das zu erreichen, diejenigen, welche schon bei uns stehen, neu zu stärken, neue Kämpfer zu gewinnen, dazu setzt die Truppe alle Kräfte ein und sie hat vollen Erfolg.

Nordhausen übte Solidarität

Das Resultat der Sammlungen für Mansfeld, das bisher erzielt wurde, ist folgendes:

Solidaritätstag Nordhausen-Salza: 42 Mark, Landsonntag Groß-Wechsungen: 23 Mark, Sammlung vor dem Betrieb Hannewacker: 8,23 Mark, Baustelle Freudenberg (Sammelliste Nr. 1688): 5 Mark, Baustelle Behördehaus (Sammelliste Nr. 1692): 24 Mark. Summa: 102,23 Mark.

Ein Stahlhelmer krampft über 3000 Mark

Aber nichts geschieht gegen ihn — Wie in Rothenschirmbach geludert wird

A.-K. In Rothenschirmbach lebt der Stahlhelm von neuem auf, nach ganz neuer Methode. Die Kameradschaftsliebe hat sich ausgedehnt auf die Gelder der Gemeinde, der Stahlhelm-Steuereinnehmer brauchte Geld und deshalb krampfte er aus der Gemeindekasse 3219 Mark. Die Gemeinderechnung war schon abgeschiedet.

Nur durch die Aufmerksamkeit der kommunistischen Gemeindevertreter wurde die Unterschlagung aufgedeckt.

Der Kuhhandel zur Wiedererlangung der Gemeindegelder hat eingesetzt. Aber Zschenker, der die Gelder gekrampft hat, ist viel zu kriegerisch veranlagt als Stahlhelmer, er gibt die Schlacht noch nicht verloren und läßt sich auf nichts ein. Seit der Stahlhelm-Pfarrer Steigmann in Rothenschirmbach residiert, weht doch ein ganz anderer Wind. Erst der tüchtige Ortsrichter Meyer mit seinem Krampfgenossen Zschenker und jetzt der Ortsrichter Seidler mit seinem verhungerten August, die sich alle beide am Kruge eine Zukunft schaffen wollen. Erich Seidler braucht Gurkenland und dieses muß man wahrnehmen, die Siedler brauchen kein Bauland, aber August muß seinem Brotherrn dienen.

Wir fragen den Herrn Landrat Dr. Wandersleb, was hätten Sie wohl gemacht, wenn ein kommunistischer Steuereinnehmer die Gelder gekrampft hätte. Da lag bestimmt Verdunkelungsgefahr vor, und der Amtsvorsteher Berndt wäre schon rangegangen. Anders wie bei der Wasserfrage. Seit Februar hat die vorstehende Behörde den Betrug festgestellt und alle guten Worte und Aufforderungen an den Betrüger Stahlhelm-Zschenker haben nicht gefruchtet. Wie ist es denn, Herr Landrat, weisen sie doch dem Stahlhelm-Ortsrichter Seidler an, daß er seinen Kameraden wieder in Amt und Würden setzt. Ob man mit Geld oder mit dem Kruge schiebt, geschoben wird eben alles, nur die Kommunisten werden bei derartigen Fällen ins Zuchthaus geschoben. Wir werden aber in Zukunft dem neugebackenen Ortsrichter mit seiner August-Dienerei ein Tänzchen aufspielen, daß ihm die Lust vergeht, derartige Komödie zu spielen wie sein Vorgänger.

Preistreiber am Werke

A.-K. Benndorf-Klostermansfeld. Die Butterhändler Böhme aus Benndorf bei Helbra und Würzberger aus Klostermansfeld haben sich ein unerhörtes Preistreiberstückchen geleistet. Um ihren Konkurrenten aus dem Harz, die ihre Butter in den Mansfeldischen Orten um 5 Pfennig billiger verkaufen als Böhme und Würzburger, eins auszuwischen, sind diese beiden in die Harzdörfer Rotha, Breitenbach und Horla gegangen und haben dort die Erzeugerpreise der ortsansässigen Händler um 5 und 10 Pfennig überboten, wobei sie offen erzählten, daß sie „Preise in die Butter bringen" wollten, um die Konkurrenz aus dem Harz an ihren Orten zu zwingen, ebenfalls teurer zu verkaufen. Die arbeitslosen Mansfelder Kumpels können ja die Wucherpreise der Herren Böhme und Würzberger bezahlen, obgleich diese Herren bei ihren Stammlieferanten um Mansfeld herum ebenfalls nur die im Harz gültigen Erzeugerpreise bezahlt haben. Die Verbraucher tun gut, sich dieses unverantwortliche Vorgehen dieser Preistreiber zu merken.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die unschuldige Frieda von Sitzenroda

und der schöne Anton — wie sie die Mieter peinigen

A.-K. Torgau. Seit drei Jahren tobt der Kampf im Hause Paradeplatz 5. Wer sich nicht fügt, wie ich das bestimme, fliegt raus, auf den Paradeplatz, so sagt der tüchtige Lakai und Hausverwalter Anton Kummerländer. Räumungsklage ist an der Tagesordnung. Den Frauen sollen die Knochen kaputtgeschlagen werden, „ich bringe Sie alle ins Zuchthaus", diese Schlagwörter sind an der Tagesordnung. Das Biertrinken ist dem guten Menschen ärztlich verboten, wenn seine Mieter aber Freibier geben, dann säuft er unverwüstlich.

Einst hatten sich seine Arbeitskollegen einen Spaß gemacht. Er hatte drei Glas Bier getrunken, da war der schöne Anton voll. Aber er hatte nun Mut, entnahm seiner Lohntüte 25 Pfennig und trank noch eins. Aber wehe! Zu Hause der Feldwebel, die unschuldige Frieda. Am 23. Juni 1930 goß die unschuldige Frieda einem Mitbewohner eine Flasche Salzsäure ins Gesicht. Der zusammengeklapperte Anton fühlte sich nachdem stark und schlug mit dem Ochsenziemer auf den nachher Wehrlosen ein. Sie werden sich beide vor der Staatsanwaltschaft zu verantworten haben. Am 14. Juli wollte eine Bewohnerin waschen. Sie bekam die Antwort vom Lakai K., er würde mit ihr eine Ausnahme machen und ihr den Waschhausschlüssel geben, die Mieter hätten aber sonst nur ihre Miete zu zahlen und die Schnauze zu halten.

Das Wäschetrocknen für die Mieter auf dem Hofe ist verboten, trotzdem hat aber der Hausverwalter am 20 Mai seine Wäsche im Hofe getrocknet, er hätte das Recht dazu. Es wird Zeit, wenn die Wirtin es nicht schafft, den gemeingefährlichen Burschen aus dem Hause zu entfernen, daß sich die Mieter dazu entschließen und gemeinsam vorgehen.

Ein Hausbewohner.

Vom Amtsgericht Delitzsch

Teure Erbsen

Der Arbeiter H. ist arbeitslos. Er verschaffte sich in Queis mit Karl Th. und Anna Th., die beiden letzteren waren zum Termin nicht erschienen, einen Sack Erbsen im Werte von 4 Mark. Das Verfahren gegen die beiden Nichterschienenen wurde abgetrennt. Der Arbeiter H. gibt zu, die Erbsen geholt zu haben. Jedoch nicht wie die Anklage lautete, durch Einbruch. Auch hier war ein Landjäger als Zeuge. Dieser hat jedoch nichts von Erbsen oder sonst dergleichen gesehen. Seit 5. Juni d. J. sitzt der Beschuldigte wegen dem Wertobjekt von 4 Mark in Untersuchungshaft. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragt wegen einfachen Diebstahls sechs Wochen Gefängnis. Der Einzelrichter verkündet eine Woche Gefängnis, die als verbüßt erklärt wird durch die fünfwöchige (!) Untersuchungshaft.

Säuft er — säuft er nicht?

Der Chemiker Kölzig aus Delitzsch soll den Obergerichtsvollzieher Marmuth beleidigt haben, indem er u. a. gesagt haben soll: „Marmuth soll mit dem Viehhändler Tiegel andauernd herumgesoffen haben." Man betrachtete dies als Rache von Kölzig, weil dieser durch Betreiben von Tiegel vollständig ausgepfändet worden ist. Der einzige Zeuge N., welcher bei Marmuth öfters mitgehoffen hat, kann den genauen Wortlaut heute nicht mehr angeben. Kölzig nennt mehrere Namen, mit denen öfters angeblich solche Saufereien mit Marmuth stattgefunden haben sollen. (Da muß man sich doch fragen, ob dies nur aus der Luft gegriffen ist. D. B.) Staatsanwalt und Richter kommen zum Freispruch, wegen Mangels an Beweisen.

Aus der Vergangenheit ist noch in Erinnerung, daß Marmuths Vorgänger immer Durst hatte und öfters so viel trank, daß er nicht gerade stehen konnte. Ist das vielleicht eine ansteckende Krankheit?

In jede Arbeiterwohnung

Aufklärung über den kommenden imperialistischen Krieg! Vertreibt die illustrierte Antikriegszeitung (Preis 20 Pfennig) und die Broschüre „Krieg" (Preis 10 Pfennig).

Jetzt erst recht weiter sammeln

Der Genosse Richard Lutze sammelte für die Mansfelder Arbeiter 36,80 Mark und die Genossin Helene Laube 8,25 Mark.

Genossen, macht's nach, durch die Bearbeitung eines jeden Ortes ist viel zu erreichen. Bei den Erwerbslosen wurden auch 8 Mark durch die Genossen Lutze und Taucnitz gesammelt. Beim Schifferverein „Kehrwieder" 25 Mark.

Bitterfeld-Wittenberg

„Geldknappheit" der Stadt Bitterfeld

Für den Städtetag kostspielige Spielereien — Für die Arbeiter den Dreck

A.-K. Große Aufregung herrscht seit einigen Tagen unter den städtischen Arbeitern. Keiner erhält den schon bewilligten Urlaub. Alle Arbeiter, die bereits in Urlaub sind, werden plötzlich wieder zur Arbeit geholt. Wozu dies alles? Arbeiter, besonders Ausgesteuerte und Erwerbslose geht acht.

Ende August findet in Bitterfeld der Städtetag statt. An sich nichts Außergewöhnliches. Wohl aber für die Stadtverwaltung. Man will an diesem Tage Bitterfeld im Blumenschmuck prangen lassen. An allen möglichen Teilen der Stadt entstehen Grünflächen. Dies ist für unsere im Kohlenstaub und Chemiegestank liegende Stadt ganz angebracht. Ein Skandal ist es aber, wenn man dazu übergeht, Hunderte und Tausende von Mark unnütz zum Fenster hinauszuwerfen.

Da gibt es z. B. folgendes: Alle Bitterfelder kennen den freigewordenen Platz anschließend an den Markt, auf dem das Schuhmachersche Haus gestanden hat. Es ist dies eine Fläche von zirka 300 Quadratmeter. Auf diesem Platz wird Muttererde aufgefahren und es sollen dort Blumen angepflanzt werden. Aber nur provisorisch.

Nach dem Städtetag verschwindet diese Anlage wieder.

Dieser Unfug kostet der Stadt mindestens 400 bis 500 Mark. Bei dieser Arbeit ist man schon seit Anfang der Woche dabei. Mit Erbitterung stehen Erwerbslose dabei. Selbst bürgerliche Leute schütteln mit den Köpfen über diesen Unsinn der Stadtverwaltung. Ferner entgeht der Stadt eine ganz beträchtliche Summe von Standgeld. Denn der Markt wurde dreimal in der Woche zur Abhaltung des Wochenmarktes mitbenutzt. Aber Bitterfeld hat Geld, nur für Erwerbslose nicht.

Zur Unterhaltung der Delegierten soll ein Theaterabend stattfinden. Hierzu werden Leipziger Schauspieler benötigt. Diese eine Aufführung kostet der Stadt „nur" 800 Mark, außer der Saalmiete. Ferner sind große Besichtigungen in Aussicht genommen. So z. B. das Kraftwerk Zschornewitz. Auch diese Geschichte kostet Geld, denn es muß doch das Fahrgeld bis Zschornewitz für die Neugierigen aufgebracht werden.

Erwerbslose, läuft Sturm gegen diesen Unsinn, den man da plant. Für Euch ist kein Geld da. Ihr bekommt nicht einmal mehr einigermaßen ausreichende Unterstützung von Wohlfahrtsamt. Euch verweigert man alle Mietzuschüsse und sonst bisher gewesenen Vergünstigungen. Angeblich wegen Geldmangel. Aber für diese direkte Verhöhnung der Ausgesteuerten wirft man Tausende hinaus.

Aufgeber und Anstifter dieser Sache ist der SPD.-Stadtrat Spengler,

der Dezernent für Anlagen und Gartenwesen der Stadt ist. Noch einmal sei bei dieser Gelegenheit gefragt, was gedenkt die Stadt zu tun, um die himmelschreienden Zustände im Planschbecken in der Friedrich-Ebert-Anlage abzuändern? Das Becken mit seinem stinkenden Wasser ist ein Seuchenherd übelster Sorte. Aber dort tummeln sich nur Proletenkinder. Dasselbe gilt für den Kinderbadeplatz in der Leine. Dazu ist kein Geld da. Arbeiter, läuft Sturm gegen diese Gesellschaft, die Euch mit diesen angeführten Tatsachen direkt verhöhnt.

„Kolonne Links"

kämpft für proletarische Solidarität!

Zur Unterstützung der Mansfelder Bergarbeiter

„Kolonne Links" tritt auf in Abendveranstaltungen in folgenden Orten:

Dienstag, 22. Juli, 20 Uhr, in Bitterfeld. Lokal „Volkshaus".

Mittwoch, 23. Juli, 20 Uhr, in Merseburg. Lokal „Funkenburg".

Donnerstag, 24. Juli, 20 Uhr, in Wittenberg. Lokal Gewerkschaftshaus.

Freitag, 25. Juli, 20 Uhr, in Mühlberg. Lokal „Schützenhaus"

Sonnabend, 26. Juli, 20 Uhr, in Wolfen. Lokal Heese.

Sonntag, 27. Juli, 20 Uhr, in Könnern. Lokal „Bürgergarten".

Dienstag. 29. Juli, 20 Uhr, in Bockwitz.

Arbeiter, Werktätige! Besucht in Massen die Veranstaltungen der „Kolonne Links". Sie werden jedem zum politischen Erlebnis werden. Ein jeder bekunde seine Solidarität durch rege Propaganda für die Veranstaltungen. Stärkt die Unterstützungsaktion für die kämpfenden Brüder in Mansfeld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0008

Heraus zum Antikriegstag am 1. August!

Aufruf der Betriebsräte und revolutionären Vertrauensleute und der Funktionär-Konferenz der proletarischen Massenorganisationen von Halle

An alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Erwerbslosen und Jungarbeiter von Halle!

Die Weltwirtschaftskrise, von der alle kapitalistischen Staaten erfaßt sind, hat den Konkurrenzkampf um neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkt ungeheuer verschärft. Alle Versuche der Kapitalisten, durch erhöhte Ausfuhr, durch Lohnabbau, Steigerung des Arbeitstempos, Erhöhung der Massensteuern und Zölle, radikalen Abbau der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung, Herabsetzung der Kriegsrenten und Wohlfahrtsunterstützungssätze die Wirtschaftskrise zu überwinden, sind gescheitert.

Unfähig, aus dieser schwierigen Lage herauszukommen, die wachsenden Gegensätze auszugleichen, kennen die imperialistischen Mächte nur einen Ausweg:

die gewaltsame Eroberung neuer Absatzmärkte, die gewaltsame Neuaufteilung der Erde, den Krieg.

Das wahnsinnige Wettrüsten zu Lande, zu Wasser und in der Luft signalisiert das Herannahen eines neuen Völkergemetzels. Allein in Amerika, England, Frankreich und Italien betragen die jährlichen Ausgaben für Heer und Rüstungszwecke rund 12 Milliarden Mark. Die Zahl der Kampfflugzeuge für diese Länder erhöhte sich von 1923 bis 1930 von 2000 auf 8000. Bei Kriegsausbruch kann diese Zahl in wenigen Monaten verzehnfacht werden. Allein Frankreich kann in einem Monat 1500 Geschütze, 5000 Tanks, unzählige Maschinengewehre und andere Mordwerkzeuge herstellen.

Der deutsche Imperialismus gibt mit Zustimmung der sozialfaschistischen Führer, trotz Young-Lasten und Verzinsung der Auslandsanleihen in Höhe von 3½ Milliarden Mark, jährlich für Kriegsrüstungen 750 Millionen Mark aus.

Die Bestrebungen der imperialistischen Räuber, ihre Krise durch die Eroberung neuer Absatzmärkte zu überwinden, konzentrieren sich in erster Linie auf den russischen Markt. Der in rasendem Tempo vor sich gehende sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, der Aufschwung der Industrie, die schnelle Kollektivierung der Landwirtschaft, die Einführung des Siebenstundentages, der Fünftagewoche (vier Tage Arbeit, ein Ruhetag), steigende Löhne, die zunehmende Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, der gewaltige kulturelle und soziale Fortschritt,

zwingt die imperialistischen Räuber zur schnellsten Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion.

Hierbei stehen die sozialfaschistischen Führer der zweiten Internationale in vorderster Reihe. Sie rufen im Namen der „Demokratie", in Gemeinschaft mit dem Papst zum gewaltsamen Sturz der proletarischen Diktatur auf. Durch eine unverschämte Lügenkampagne versuchen diese Stiefellecker der Bourgeoisie vor den Augen der Arbeiterschaft, die gewaltigen Erfolge der proletarischen Diktatur herabzumindern.

Gegenoffensive des internationalen Proletariats

In allen kapitalistischen Ländern sammeln sich die ausgebeuteten Arbeitermassen gegen ihre imperialistischen Kriegstreiber und Unterdrücker zur kraftvollen Gegenoffensive. Die Kämpfe in Indien und China, der Wollarbeiterstreik in England, der Kampf der Metall- und Bergarbeiter in Mansfeld und Nordwest, die wachsenden Streikbewegungen in allen kapitalistischen Ländern sind leuchtende Beispiele für den wachsenden Kampfwillen der Arbeiterschaft.

Der 1. August 1930 steht im Zeichen des revolutionären Aufschwungs der ganzen Welt,

im Zeichen der internationalen Solidarität und Kampfgemeinschaft der werktätigen Massen aller Länder mit den siegreichen Arbeitern und Bauern der Sowjetunion. Die machtvollen Aufmärsche gegen den imperialistischen Krieg am 1. August werden gleichzeitig wuchtige Kampfdemonstrationen der proletarischen Einheitsfront gegen die Hungerdiktatur des Trustkapitals und seine national- und sozialfaschistischen Helfershelfer sein.

Das hallische Proletariat marschiert zum Antikriegstag am 1. August, 4 Uhr nachmittags, auf dem Hallmarkt auf.

Wir rufen alle Belegschaften, Gewerkschaften, proletarischen Massenorganisationen und die Erwerbslosen auf, dazu alle Vorbereitungen zu treffen. Organisiert Massenversammlungen gegen den imperialistischen Krieg.

Beschließt in allen Betrieben und auf den Baustellen Arbeitsschluß am 1. August um 3 Uhr und geschlossene Teilnahme an der Antikriegsdemonstration.

Alle Arbeiterfrauen mit ihren Kindern und die Erwerbslosen versammeln sich um 3 Uhr vor den Betrieben und marschieren mit den Betriebsarbeitern geschlossen zum Hallmarkt.

Bildet Kampfkomitees in allen Betrieben zur Vorbereitung des Kampfes gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung, Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für Einstellung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Die Kampfkomitees bereiten gleichzeitig die Antikriegsdemonstrationen vor. Gestaltet die Komitees zu Organen der proletarischen Einheitsfront durch die Erfassung sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter.

Wählt in allen Betrieben Delegierte in das örtliche Antikriegskomitee. Schafft rote Betriebswehren gegen den Mordfaschismus und für Streikschutz. Wählt Delegierte zur Konferenz der Rüstungsbetriebe am 2. und 3. August in Berlin in allen kriegswichtigen Betrieben. Alle in Halle wohnenden Leuna-Arbeiter müssen mit ganzer Kraft die 15 000 Leuna-Proleten aufrütteln für die geschlossene Beteiligung an der Demonstration und der Wahl von Delegierten nach Berlin.

Entfaltet eine breite Massenkampagne unter den Losungen:

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion!

Für den Massenkampf um Lohn und Brot, keinen Pfennig Lohnabbau, für allgemeine Lohnerhöhung und Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Solidarität mit allen streikenden Arbeitern!

Fort mit der Hungerdiktatur der Brüning-Regierung und ihren national- und sozialfaschistischen Handlangern!

Fort mit dem Diktatur-Artikel 48!

Für die aktive Solidarität mit den revolutionären Kämpfern in Indien und China!

Für die Herrschaft der Arbeiterklasse!

Die Betriebsräte und revolutionären Vertrauensleute von Halle.
Kommunistischer Jugendverband; KJV.; Internat. Bund der Opfer des Kriege.
Kommunistische Partei; Kommunistischer Erwerbslosen-Ausschuß Halle; Rote Hilfe; Internationale Arbeiter-Hilfe; RFMB.; Sport- und Kulturkartell; Proletarische Freidenker.

Aus dem Saalkreis

Die überneröse Polizei

Zwischenfälle beim Kinderfest in Ammendorf

Unter äußerst zahlreicher Beteiligung der Arbeiterschaft fand am Sonntag das Ammendorfer Volkskinderfest statt. Ein großer Kinderumzug leitete die Veranstaltungen ein. Zahlreiche Transparente mit Parolen für die proletarische Kindererziehung und für das Weltfreffen der Arbeiterkinder wurden im Zuge mitgeführt. Auf dem Festplatze sorgten Massenspiele der Kinder, Konzert und sonstige Belustigungen für die Unterhaltung der Erschienenen. Die anwesenden Kinder wurden reichlich beschert.

Leider schien einigen Provokateuren, die zuviel Alkohol zu sich genommen hatten, die allgemeine Zufriedenheit nicht behagt zu haben. Es entspann sich eine Schlägerei. Das war für die anwesenden Polizeibeamten eine gute Gelegenheit, sich zu betätigen. Sofort wurde der Gummiknüppel abgehängt, und nur der Ruhe und Besonnenheit der Arbeiter war es zu verdanken, daß es zu keinen größeren Zusammenstößen kam. Wie übernervös die Polizei war, das bewies die Tatsache, daß ein Beamter ohne jeden Anlaß zu haben die Pistole zog und damit herumfuchtelte. Unter dem Druck der Arbeiter verließen dann die Beamten den Platz und eilten zur Wache, um Verstärkung zu holen, die auch zugleich in Gestalt eines Ueberfallkommandos erschien. Nach kurzer Verhandlung wurde die Polizei wieder zurückgezogen, da inzwischen alles ruhig geworden war. Gleich danach wurde durch dieselben Personen eine neue Schlägerei inszeniert. Auch diesmal hatten die Polizeibeamten sofort die Pistole in der Hand. Das Ueberfallkommando wurde zurückgerufen und jetzt mußte man erleben, daß nicht etwa die Unruhestifter verhaftet wurden, sondern man machte auf die Mitglieder der Antifa Jagd. Als das Ueberfallkommando über die Brücke kam wurde ein gänzlich unbeteiligter Genosse der Antifa verhaftet. Auf dem Platze angelangt, wurde unter dem Schlachtruf: „Greift den Schwarzen" der nächste Genosse verhaftet und auf das Auto geschleppt. Außerdem wurde noch ein Genosse und ein Betrunkener mitgenommen. Als beim Abfahren die Genossen „Ront Front" riefen, wurden sie angebrüllt: „Nehmt die Pfoten runter, sonst kriegt Ihr eins drauf!" Das Kinderfest mußte abgebrochen und die Genossen nach eineinhalb Stunden wieder entlassen werden.

Der Polizeibericht von gestern stellte die Vorfälle natürlich so dar, als ob die Teilnehmer des Kinderfestes wieder einmal die Absicht gehabt hätten, die Polizei in Stücke zu schlagen. Hätten die Beamten etwas mehr Ruhe an den Tag gelegt, wäre es mit Unterstützung der Teilnehmer möglich gewesen, die Störenfriede zu entfernen, ohne daß eine Störung der Veranstaltung erfolgt wäre.

Wörmlitz-Böllberg. Eine öffentliche Einwohnerversammlung findet heute abend 20 Uhr im Lokal Rauschenbach statt. Thema: Der Etat für 1930/31. Werktätige von Wörmlitz-Böllberg, erscheint restlos!

Arbeiter-Sport

Fußballspiele am Mittwoch, dem 23. Juli

984	19 Uhr	Wörmlitz 1. — ATV. 1930 1.	Schmidt, Teiche
988	½19 Uhr	Cröllwitz 3. — Spielvereinigung 2.	ATV. 1930
986	19 Uhr	Cröllwitz 2. — Fortuna 2.	Brauhmann
987	19 Uhr	Bruckdorf Jgd. — Atlas Jgd.	Weßmar

Ortskartell Wörmlitz-Böllberg. Mittwoch, 23. Juli, 20 Uhr bei Rauschenbach Sitzung. Da wichtige Fragen zur Beratung stehen, müssen alle Vereine ihre Delegierten unbedingt entsenden. J. A.: R. Emmrich.

ATV. 1930 (Handball). Alle Genossen und Genossinnen haben Mittwoch auf dem Sandanger zum Training restlos zu erscheinen. 3789

USC. Halle. Mittwoch, den 23. Juli, 21 Uhr, Vorstands- und Unterstützungsausschußsitzung im Vereinslokal. Mannschaftssitzung der 1., 2., 3. und Jugend am Mittwoch im Vereinslokal. 3790

Arbeiter, besucht die

Foto-Ausstellung

der Vereinigung der Arbeiter-Fotografen, Ortsgruppe Halle (Saale), vom 25. bis 27. Juli, Volkspark (Kolonnade)
Von 10 – 22 Uhr geöffnet. Eintritt frei

TV. „Die Naturfreunde", Halle. Mittwoch, den 23. Juli, 20 Uhr, Versammlung der Mandolinengruppe. 3791

83 Meiningerin, Abt. Schüler. Unsere Turnstunden finden von Mittwoch, den 22. Juli, wieder in der Turnhalle (Oberrealschule) statt. Donnerstag, 23. Juli, Tageswanderung ins Blaue. Abmarsch früh ½6 Uhr Unterführung, Merseburger Straße. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Der Schülerturnwart. W. Claus.

Wie wird das Wetter?

Mittwoch und Donnerstag: Bei lebhaftem Westwind wolkig und verhältnismäßig kühl. Vereinzelt Regenschauer.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin für Politik und Beilagen; Bruno Reiche, Halle, für Lokales und Sachsen; Walter Hähnle, Halle, für Provinz; Franz Amende, Dölau, für Sport; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaften; Fritz Kroh, Halle, für Anzeigenteil.

Oeffentliche Versammlungen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Böllberg-Wörmlitz. Dienstag, 22. Juli, 20 Uhr öffentliche Einwohnerversammlung. Referent der BL. anwesend.

Ammendorf. Mittwoch, 23. Juli, 20 Uhr im „Goldenen Adler" öffentliche Einwohnerversammlung. Referent Genosse Gustzhr.

Unterbezirk Zeitzer-Liebenwerda

Bockwitz. Heute, Dienstag, 20 Uhr, im „Volkshaus" Rote Gewerkschaftsoppositionskonferenz für die Betriebe im Landkreis. Erscheint zahlreich. RGO., Industriegebiet Bockwitz.

Bund der Freunde der JAH.

zu erscheinen.
Halle, Zentrum. Mittwoch, 23. Juli, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette" Frauenversammlung mit Lichtbildervortrag. Jede Arbeiterfrau ist dazu eingeladen.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Mitteldeutschland

Halle (Saale), Steinweg 24, Hof I

Sprechstunden: Dienstags Mittwochs und Freitags von 16–19 Uhr im Büro

Klosterunterwald. Freitag, 25. Juli, 15 Uhr Lokal „Zentralhalle" Mitgliederversammlung.

Merseburg-Kaiserode. Sonnabend, 26. Juli, 20 Uhr im Lokal Hühneburg Mitgliederversammlung.

Mitteldorf. Freitag, den 25. Juli, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Sympathisierende sind besonders eingeladen. Vertreter vom Bezirksvorstand ist anwesend.

Fischkutter H. F. 13

Von Albert Hotopp

24] Copyright 1930 by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W8, Wilhelmstr.

„Ueberproduktion kommt nicht in Frage; was nicht als Frischfisch auf die Märkte geht, fliegt der Konserven-Industrie in Cuxhaven zu. Auch hier wird eine Regelung des Absatzes getroffen."

„Der Hering? — der geht uns wenig an, den überlassen wir vorläufig den Leuten am Dollart — das Geschäft soll Emden machen. Unser Hauptaugenmerk muß bei den Hallen sein. Sie wissen, daß das Projekt der Verlegung und Erweiterung der Auktionshallen spruchreif ist. Das neue Gelände habe ich bereits an Hand und der Abstand des Staates für das alte Gebäude, das er für Verkehrszwecke notwendig braucht, wird bei den jetzigen Bodenpreisen um hundert Prozent gegenüber dem Anschaffungswert gesteigert sein. Ein Geschäft für die GmbH., wie wir es uns nicht glücklicher wünschen können."

Im Raum schwirrten Zahlen, die sich in die Hirne der fünf einbohrten. Sie knatterten wie Maschinengewehrfeuer, immer in geregelten Abständen erschienen neue Zahlen. Für diese fünf existierten überhaupt nur Zahlen und Verträge, Schecks und Kupons, Gewinne — und nur selten Verluste. Mit den letzteren fanden sie sich ab wie mit etwas Selbstverständlichem, denn die Verluste wurden durch neue, höhere Gewinne gedeckt.

„Im Augenblick stehen Hansa 154, sie haben angezogen", meinte einer der fünf auf die Anfrage eines anderen. „Hamburg-Süd werden mit 190 gehandelt, auch Cuxhaven-Hochsee haben eine Steigerung erfahren, haben aber keine Börse. Deutsche Werft ist gleichbleibend, Hapag-Aktien schwanken zur Zeit etwas."

Das Gespräch, das jetzt geführt wurde, war eine Erholung während des Kaffees. Harrald Johannsen lenkte mit zäher Energie das Gespräch auf die Fischerei zurück.

„Es gibt noch eine weitere Sparte, meine Herren, jedoch sie interessiert uns wohl weniger, aber man soll ihr Beachtung schenken, für uns ist das Interesse nur als Marktleute vorhanden, — ich meine die Hochseefischerei auf Schollen mit Motorkuttern."

„Daran hat der Staat ein Interesse. Haben Sie nicht auch Gelder in einzelnen Kuttern investiert, Johannsen?"

„Soweit die Fischer zu mir kamen, habe ich diesen Leuten, natürlich gegen Sicherheit, geholfen. Es ist eine zurückgehende Kategorie von kleinen Leuten. Wie lange das Geschäft überhaupt noch geht, kann man nicht voraussehen, der Motor hält diese Leute vorläufig noch ein wenig am Leben!", damit brach er das Gespräch schon wieder ab, denn seine großen Interessen lagen auf einem anderen Gebiet. Beiläufig meinte er im Aufstehen: „Die Fanggebiete werden wissenschaftlich kontrolliert — das geschieht von Staats wegen — insbesondere wird der Wandererscheinung der Scholle Aufmerksamkeit gewidmet. Der Staat muß das im Interesse seiner nationalen Industrie unbedingt tun. Die Forschungskosten müssen vom Staat getragen werden, denn es ist eine Unmöglichkeit, daß wir, ich meine Industrie und Handel, alle Lasten tragen." Mit diesen Worten begleitete er seine Gäste zur Tür.

Unter den Frauen des Dorfes wurde Lee mit ihrem Mädchennamen geführt. Man sprach von der Frau des Fischers Hinrichsen, oder nannte sie kurz, wie sie vor ihrer Hochzeit hieß — Lee Tews. Sie war im Gespräch der Leute des Dorfes. Ihre Kraft, mit der sie das Geschäft des Mannes weiterführte, verblüffte man ihr.

Eine sonderbare Frau, meinten die Fischer.

Ob sie sich ihren Bestmann heiratet?"

Das war gewissermaßen das Preisrätsel des Dorfes, dessen Lösung jeder in diesem Sinne erwartete. Weder Lee dachte daran, noch Jan, der Bestmann. Der war ein eigentümlicher Kauz. Er [illegible] seine freie Zeit mit Netzestricken und Grogrezepten, die er mit Ausdauer in den Wirtschaften ausprobierte. Wenn es hoch [illegible] schloß er sich einem Zug von Jungmannen an, denen erzählte er von seiner Zeit auf großer Fahrt.

Manchmal prahlte er dabei ein wenig, aber ihm nahm das niemand krumm, denn Jan hatte eine ihm eigentümliche interessante Art, Geschichten zu erzählen.

Den Kutter hatte er mit Klaas instand gesetzt. Jetzt lag der frisch getweert und geteert an der Brücke neben den anderen Fahrzeugen. Gewissenhaft ging Jan mit ihm um, so, als wenn es sein Eigentum wäre. Klaas war für ihn weniger der Fischer und Besitzer des Kutters, als vielmehr der Junge seines Freundes Hinrichsen.

Eines Abends saß er mit anderen Seefischern des Dorfes beim Grog.

„Willst nicht mit mir fahren, Jan?" fragte ihn der Besitzer des neuen Ewers.

„Nee, lot man, ick bliev op „Lee H. F. 13"."

„Warum, Jan!, der ist alt, der meine ist neu!"

„Nee, ick bün ok old dorop worn!"

„Willst du dich mit dem Kutter verheiraten?"

Jan wurde borstig und gab eine derbe Antwort zurück.

„Schiet di ut mit dien niegen Ewer! Giff mi noch een Grog!", er schob sein Glas dem Wirt hin.

„Een heten nördlichen kann de ok sien", brabbelte er den Wirt an, als der das Glas entgegennahm.

„Der ist schon nördlich, Jan!"

„Ach een Schiet ist der. Hinrichsen hett di datt Rezept gewen, mok em so!"

Die Widerrede des Wirtes ließ er nicht gelten, er nahm seine Mütze, schob sie sich auf seinen Kopf, als wenn er ein Segel nach Backbord brasste und wollte vom Tisch aufstehen.

„Wenn du mi keen nördlichen Grog gewen kannst, dann lot datt, dann goh ick dor hen, wo ick den krieg!"

Der Wirt setzte ihm die Rumbuddel auf den Tisch und brachte das Glas mit dem heißen Wasser. Jan tat den Zucker hinein, zerstieß mit dem Glasstöpsel den Zucker, trank einen Schluck des heißen Zuckerwassers und spuckte das in die Stube, — dann goß er den Rum aus der Flasche hinzu.

„So, datt is een nördlichen Grog, un nu lot mi mit dien Schietewer tofreden" redete er den Fischer an, „fang man Schullu, datt em ok betahlen kannst, wi hebbt noch immer genog an de Hallen brocht. Seuk di een annern Bestmann, aber kumm nich bi mit. Watt schall de Lee Tews moken, schall de sick een annern Bestmann nehmen?"

Er nahm seine Shagpfeife aus dem Mund, klopfte an seinem Absatz die Asche aus und stopfte sie sich aus seinem Tabaksbeutel voll. Das tat er mit einer Sorgfalt, als wenn sein Leben von der richtigen Füllung des Pfeifenkopfes abhing. Tief atmete er den Rauch ein und stieß ihn in grauen Wolken von sich. Er hüllte sich in den Rauch, als wollte er sich von den anderen Menschen, die um ihn saßen, absondern.

Klaas kam in die Gaststube; er suchte Jan, denn seine Mutter wollte mit ihnen sprechen. Als er ihn und die anderen Fischer begrüßte, meinte Jan in seiner holzigen Art: „De wull mi op sien niegen Ewer hebben, he schall man sehn, datt he man nicht noch bi uns mol als Bestmann fahren wull."

Klaas wußte nicht, worum es ging und sah die Leute an. Der letzte Ausspruch des Jan hatte alle im Raum schweigsam gemacht.

„Drink Du man ok een Grog, denn Du bist Fischersmann von „Lee H. F. 13". Du kannst den ok verdregen!"

Klaas setzte sich neben Jan und sie sprachen im Flüsterton miteinander. Sie tranken ihr Glas leer und beim Hinausgehen grüßte Jan niemanden, nur dem Seefischer vom neuen Fahrzeug rief er zu: „Denk man an mi, wenn nich mehr betahlen kannst."

„Na, Du bezahlst nicht für mich!"

„Nee — aber wi könt datt!" und er schlug sich auf seine Hosentasche, daß es klatschte, damit ging er hinaus.

„Dieser Jan ist ein Schwein", meinte der Fischer, als beide hinaus waren. „Und ein Trottel dazu", erklärte ein anderer.

(Fortsetzung folgt.)

Blinkwunder zum Fensterputz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0009

Rund um den Erdball

Neues Verbrechen des „Propheten" Weißenberg

Ein Kind des Augenlichtes beraubt

Wie lange darf dieser Weißer-Käse-Kurpfuscher noch sein Unwesen treiben?

Berlin, 21. Juli. Der berüchtigte schwarzweißrote Weiße-Käse-Doktor und Prophet einer Sekte, die bereits viel Unheil in den Kreisen der geistig Armen angerichtet hat, ist eines neuen Verbrechens angeklagt. Und zwar hat der Kreisarzt vom Bad Freienwalde Weißenberg beschuldigt, durch eine unglaubliche Kurpfuscherbehandlung die eineinhalbjährige Hildegard Hensicke, das Töchterchen eines Landarbeiters aus Hohenfinow, um ihr Augenlicht gebracht zu haben.

Ueber den Hergang dieses Verbrechens erfahren wir folgendes: Die kleine Hildegard war einige Monate nach der Geburt an einer Augenentzündung erkrankt. Da die Eltern in vo!kommener Abhängigkeit von Weißenberg geraten waren, weigerten sie sich ganz entschieden, einen Arzt zu Rate zu ziehen, und gaben das schwerkranke Kind zu dem schwarzweißroten Wunderheiligen Weißenberg in Behandlungen. Trotzdem dieser bereits viel Unheil mit seinen Weißen-Käse-Kuren angerichtet hat, gab er den Eltern den Rat, sie auch in diesem Fall anzuwenden. Außerdem

würde er durch seine Gebete dazu beitragen, daß Gott die Krankheit in kürzester Zeit heilen würde.

Vier Wochen lang mußte nun das unglückliche Kind mit den Käseumschlägen auf den stark schmerzenden Augen still im Bett liegen. Von Tag zu Tag verschlimmerte sich die Entzündung und naturgemäß auch die Qualen der kleinen Hildegard. Verwandte der Familie baten schließlich den Kreisarzt, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Doch

die fanatischen Weißenberg-Anhänger stemmten sich mit Händen und Füßen gegen die Behandlung durch einen Arzt.

Schließlich, als die Entzündung bereits soweit fortgeschritten war, daß das Kind nichts mehr sehen konnte, gingen die Eltern selbst zu einem Arzt, der dann feststellen mußte, daß das Kind

durch die Käsebehandlung vollkommen und für immer das Augenlicht verloren habe.

Am vergangenen Freitag wurde das kleine Opfer religiösen Fanatismus endlich einer Berliner Augenklinik überwiesen. Die sofort vorgenommene eingehende Untersuchung ergab die Bestätigung des ersten Befundes: Das Kind ist für immer erblindet.

Wie duldsam die Staatsanwaltschaft ist, die sich sonst nicht genug tun kann in der Verfolgung von klassenbewußten Arbeitern, wenn es sich um einen nationalistischen Sektenpropheten handelt, geht aus der Tatsache hervor, daß, trotzdem die Schuld Weißenbergs an dem Tode des Drogisten Wernicke einwandfrei erwiesen ist,

er doch noch ein volles Jahr sein Unwesen treiben konnte.

Wie erinnerlich, ist Wernicke im Juni v. J. an den Folgen eines Nackengeschwürs gestorben. Auch in diesem Falle hat Weißenberg den Unglücklichen mit weißem Käse zu Tode kuriert.

Angesichts dieses zweiten ungeheuerlichen Kurpfuscherverbrechens muß doch gefragt werden, wie lange dieser gefährliche Scharlatan noch Menschen geistig und körperlich zu Krüppeln kurieren darf. Wir fordern unverzügliche Einleitung eines Strafverfahrens und Verhaftung dieses Kurpfuschers.

Briefmarken vom höchsten Postamt der Welt

Die Briefmarkensammler sind hinter diesen hier abgebildeten Briefmarken „schwer hinterher". Es sind Schweizer Briefmarken, die den neuen Stempel des höchstgelegenen Postamtes der Welt „Jungfraujoch, Höhe 3457 Meter ü. M." tragen. Jungfraujoch est bekanntlich die Endstation der Jungfraubahn, mit dem höchstgelegenen Hotel, der höchstgelegenen Wetterwarte und dem größten Gletscher Europas.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika

100 Verletzte

Neuyork, 21. Juli. Bei Elizabeth im amerikanischen Staate Neujersy stieß ein Eisenbahnzug, der mit 100 Kilometer Geschwindigkeit dahinsauste, an einem ungeschützten Bahnübergang mit einem Kraftwagen zusammen. Dabei stürzten drei Wagen des Zuges die Böschung hinunter. Die Zahl der mehr oder weniger schwer Verletzten beträgt etwa 100 Personen.

Weiße Luftflotte gestartet

60 Teilnehmer von sieben kapitalistischen Staaten sind am Sonntag zum diesjährigen sogenannten internationalen internationalen Europarundflug von Berlin aus gestartet. Die Flugstrecke beträgt mehr als 7000 Kilometer. Fast sämtliche Länder Europas mit Ausnahme Rußlands werden überflogen. Das Gebiet der Sowjetunion wird, wie wir bereits am Sonnabend berichteten, wie „heißes Eisen" gemieden. Sowjetrußland ist Feindesland für diese internationale kapitalistische Luftflotte!

Unser Bild hält den Augenblick des Startes fest.

Tot oder lebendig:

Schafft die Negerfamilie herbei!

Die amerikanische Lynchbestie fordert immer neue Opfer

Neuyork, 21. Juli. (Rote-Hilfe-Bericht.) Der Gouverneur vom amerikanischen Staate Alamba hat kürzlich 300 Dollar Belohnung für denjenigen ausgesetzt, der eines der drei noch lebenden Mitglieder der Negerfamilie Robertson lebend oder tot herbeischafft. Die fanatisierte Spießermeute hat sich diese amtliche Aufforderung zum Lynchmord nicht zweimal sagen lassen und durchrast zur Zeit mittels Pferd und Auto den Staat Alamba, um sich die 300 Dollar Mordprämie zu verdienen.

Diese unglückliche Negerfamilie hat bereits fürchterlich unter den Verfolgungen der fanatisierten amerikanischen Weißen leiden müssen. Jahrelang haben die männlichen Mitglieder der Familie unter den kümmerlichsten Verhältnissen sich als hundsmiserabel bezahlte Plantagenarbeiter durchs Leben geschlagen. Eines Tages wollte Esau Robertson eine Trockenbatterie kaufen. Der weiße Ladenbesitzer forderte doppelte Bezahlung. Daraus entspann sich ein Wortwechsel, der zur Schlägerei ausartete, wobei der profitgierige Ladenbesitzer den kürzeren zog. Der Verprügelte alarmierte Hilfe,

worauf Esau Robertson kurzerhand am nächsten Baum aufgeknüpft wurde.

Nicht genug damit, wurde auch noch der Onkel gelyncht sowie dessen Haus verbrannt, wobei noch zwei weitere Neger in den Flammen umkamen. Auf der Flucht vor dem Lynchbanditen wurde auch der Vater von Esau Robertson schwer verwundet.

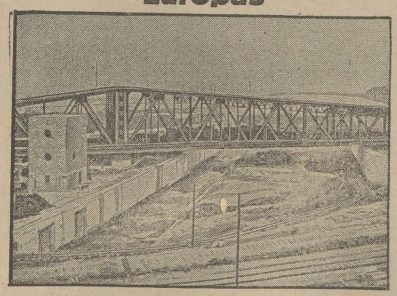
Da sich die übriggebliebenen männlichen Mitglieder der Familie Robertson

nicht kampflos abschlachten lassen wollten, verbarrikadierten sie sich in ihrer Hütte.

Bei dem Sturm, den die fanatisierten organisierte, wurde ein Plantagenaufseher getötet und ein Plantagenbesitzer verwundet. Im Dunkel der Nacht gelang es dann einigen der Belagerten zu entfliehen. Nunmehr hat der Gouverneur von Alamba sich an die Spitze der Lynchmörder gestellt, um diese Negerfamilie auszurotten.

Die klassenbewußte amerikanische Arbeiterschaft, sowie die Arbeiterschaft der ganzen Welt wendet sich mit Empörung und grenzenlosem Abscheu gegen die Mordgier und den idiotischen Rassenhaß der Spießermeute, und wird nicht eher ruhen und rasten, bis diese kapitalistische Kulturschande liquidiert ist.

Die schwerste Drehbrücke Europas



Zu der gewaltigen Nordschleusenanlage in Bremerhaven gehört auch diese hier abgebildete ungleicharmige Drehbrücke. Sie verbindet die Fahrgastanlagen der Kolumbuskaje mit dem Hinterland und nimmt zwei Eisenbahngeleise, eine zweispurige Straße und einen Fußweg auf. Das Gesamtgewicht beträgt mehr als 2700 Tonnen. Der Antrieb ist elektrisch.

Neue sowjet-russische Forschungsreise

Diesmal zum Frithjof-Nansen-Land

Moskau, 21. Juli. Am 15. Juli hat eine neue russische Expedition nach dem Frithjof-Nansen-Land, früheres Nikolaus-II.-Land, unter Teilnahme des deutschen Polarforschers Schmidt, Archangelsk verlassen. Die Expedition wird sich in ständiger Funkverbindung mit den russischen Funkstationen in Archangelsk und Leningrad befinden und soll große wissenschaftliche Untersuchungen anstellen, um festzustellen, welche Bodenschätze das Frithjof-Nansen-Land besitzt.

Ein Universalheiliger

Der Stadt Königsberg in Preußen fehlte ein zweiter Bürgermeister. Um diesem „tiefempfundenen Uebelstand" abzuhelfen, schrieb man die Stelle aus. Damit aber gar keine Zweifel entstehen sollte, auf welche „Kräfte" man reflektiere, ließ man ein großes Inserat im Hitlerschen Leiborgan, dem „Völkischen Beobachter", einrücken. Die biederen Königsberger Bürger hatten sich nicht getäuscht. Eine Menge völkischer Mussolinis im Taschenformat, die glaubten, das Zeug für einen zweiten Bürgermeister in sich zu haben, meldeten sich. Unter anderem auch dieser:

„An die wohllöbliche Stadtverordnetenversammlung, Königsberg i. Pr. Auf Ihr wohllöbliches Ausschreiben im „Völkischen Beobachter" möchte ich mich um die zweite Bürgermeisterstelle in Königsberg bewerben. Mein Lebenslauf Arnold Rominger-Becker, Konditor und Kraftfahrer am 14. Dezember 1904 als Sohn des Bäcker- und Konditormeister Rominger in Willenberge, Bezirk Württemberg, geboren. Vom 1. Juni 1911 bis zum Jahre 1918 besuchte ich die Evangelische Volksschule, nach der Entlassung lernte ich das Bäcker- und Konditorhandwerk im väterlichen Hause und in **Stuttgart** lernte und studierte ich Geschichte und Sprachwissenschaft. Nachdem im Jahre 1916 meine edle Deutsche Mutter gestorben und mein Vater im Felde war arbeitete ich allein und stellte täglich 400 bis 500 Kilo Brot her, so bin ich auch bereit mein ganzes Können im Dienste der Stadt zu stellen.

Mit dem Beistand Gottes werde ich die Geschicke Königsberg lenken und werde mich vor Gott und Volk ganz und voll verantwortlich fühlen.

Bin ein Mann von großem Format Anspruchslos, Nichtraucher- und Trinker- von schneller Auffassungsgabe, von reellem Charakter und nationalem Empfinden. Was das Gehalt betrifft bin ich mit 17 000 Mark voll und ganz zufrieden. Auf Kinderzulage Aufwandsentschädigungen verzichte ich ganz. Mein Wahlspruch lautet „Edel sei der Mensch hilfreich und gut." Ich möchte ergebenst die Bitte aussprechen einen Mann zu wählen, der ein Führer ist und kein Geführter, der mit heiterem Auge in die Zukunft blickt die ganz dunkel vor uns liegt. Wohllöbliche Herren Stadtverordneten wählt einen Mann für Recht und Wahrheit, ich werde mit des Allmächtigen Hilfe die Stadt Königsberg einer besseren Zukunft entgegenführen und mit allen Kräften an den Wiederaufbau des Deutschen Vaterlandes arbeiten. Wählt mich das edle und gute und Königsberg wird nicht betrogen werden. Einen Mann für Gott und Volk und Vaterland mit ergebenstem

treudeutschen Gruß
gez. Arnold Rominger."

Wenn da die Königsberger nicht zugreifen, dann sind sie, um im Hitlerschen Jargon zu sprechen, „hoffnungslos marxistisch verseucht" oder „verjudet". Sollten ihn also die Königsberger nicht zum zweiten Bürgermeister ernennen, dann muß ihn Frick neben „Rassen-Günther" an die Universität Jena berufen. Arnold Rominger, der völkische Universalheilige und Nichtraucher von Format, muß unbedingt seine schnelle Auffassungsgabe dem Volke zur Verfügung stellen. Um so mehr, da er auf eine „Aufwandsentschädigung" verzichtet und des Beistandes Gottes sicher ist.

Selbstmord auf den Schienen

In der Nähe des Bahnhofs Schlawe in Pommern wurde ein Kaufmannslehrling aus Marienthal vom Güterzug überfahren und getötet. Der junge Mann soll sich in selbstmörderischer Absicht auf die Schienen gelegt haben. Die Gründe der Tat sind unbekannt.

Japanische Taifun-Katastrophe

Nach Tokioer Meldungen ist die Zahl der Opfer des Taifuns auf 74, der der Vermißten auf 800 gestiegen. Viele Dampfer befinden sich in Seenot. Zwei chinesische Schiffe, die von Dairen mit 240 Arbeitern ausliefen, werden vermißt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0010

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, 22. Juli 1930** | **10. Jahrgang • Nr. 169**

Gegen Polizeiterror kämpft Mansfeld weiter

Harnack-Truppen hausen im Streikgebiet wie in Feindesland — Streikpostenstehen verboten Bürgerkriegsmanöver gegen die Arbeiter — Trotz allen Terrors, trotz aller Verwirrungsmanöver der Bonzen Streikfront gestärkt, Streikbrecher vertrieben

Demonstriert gegen den verschärften sozialfaschistischen Polizeiterror im Mansfelder Lande!

(Eig. Drahtm.) **Eisleben, 22. Juli.**

Im ganzen Streikgebiet ging die Polizei heute morgen

gegen alle Streikposten verschärft vor, um sie zu verjagen.

Die Polizei riegelte die Zugangsstraßen zum Bitzthumschacht ab. Sie hält dieselben besetzt und erklärt den Streikposten, daß sie sich auf den Artikel 48 stützt, wonach es kein Streikpostenstehen mehr gäbe!

Verschiedene Polizeibeamte erklären an verschiedenen Punkten des Gebietes, daß sie Anweisung haben (offenbar vom sozialfaschistischen Regierungspräsidenten v. Harnack), jede Ansammlung von Streikposten zu verhindern.

Am schärfsten ist der Polizeiterror im Hettstedter Gebiete. Die Polizei geht unter Verwendung von Polizeihunden, mit Karabinern bewaffnet, mit äußerster Brutalität vor.

Ueberall dort, wo Arbeiter auf Streikposten stehen, sucht man sie auseinanderzutreiben. Frauen werden mit Füßen getreten, um sie zum Laufen anzuhalten, vorbeifahrende Arbeiter von den Fahrrädern heruntergerissen und verprügelt. Wer ruhig weitergeht, wird geschlagen, damit er läuft. — Gegen die Höhen, auf denen sich die von den Straßen vertriebenen Arbeiter aufhalten, gehen große Polizeigruppen regelrecht kriegsmäßig in Schwarmlinie vor.

Die Sozialfaschisten, denen diese Polizei untersteht, leiten nicht nur durch ihre Regierungspräsidenten und Landräte den Terror gegen die Streikposten, setzen sich nicht nur mit äußerster Brutalität über ihre eigene „heilige" Reichsverfassung, über das Versammlungs- und Koalitionsrecht hinweg, — sie haben auch in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsbonzen durch die Zurückziehung der gewerkschaftlichen Streikposten, wie ein hallischer Kriminalbeamter gestern offen bemerkte, die Polizei ausdrücklich zum Vorgehen gegen die Streikposten (darunter ihre eigenen, unter Führung der NGO. weiter auf Streikposten gehende Verbandskollegen) legitimiert.

Der sozialfaschistische Polizeiterror ist aber nur ein Teil der allgemeinen Verratspolitik an diesem Streike. Der Empörung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter über den Verrat vom vorigen Mittwoch hat man äußerlich Rechnung zu tragen gesucht durch die Erklärung, daß der Streik weiter gehe.

Aber gleichzeitig sucht man die rückständigen Arbeiter durch widersprechende Parolen zu verwirren und kapitulationsreif zu machen, läßt sozialdemokratische Funktionäre als Streikbrecher in die Betriebe gehen, zieht die eigenen Streikposten zurück und läßt die organisierten Arbeiter, die weiterhin ihre proletarische Pflicht erfüllen, von der eigenen Polizei zusammenschlagen.

Was diese Verräter, nachdem ihnen der unmittelbare Streikabbruch mißlungen ist, nun anstreben, ist offensichtlich ein Zusammenbruch des Streikes durch ihre Untergrabung der Kampffront, Verwirrung der Kämpfenden und Entfesselung des Polizeiterrors, in welchem Falle die Bonzen dann die Verantwortung für die Folgen ihrer Verbrechen auf die Arbeiter abschieben würden.

Dabei deckt sich ihr Bestreben mit dem der Mansfeld A.-G., die die Verschleppung der Subventionsverhandlungen offensichtlich in der Hoffnung auf einen Zusammenbruch des Streikes und Durchführung des 15prozentigen Lohnabbaues durchführt.

*

Aber die Herren werden sich schneiden.

Die Mansfeld-Arbeiter denken nicht daran, in die Betriebe zurückzulaufen,

sie denken aber auch nicht daran, den Streik bloß um die Erlangung der Subventionen der Mansfeld A.-G. unter Führung der Bonzen weiterzuführen.

Die Arbeiter streiken weiter bis zur Verhinderung jeden Lohnabbaues und Durchsetzung ihrer Forderungen. Sie streiken weiter unter Führung der NGO. und der selbstgewählten Streikleitungen.

Trotz allen Terrors ist es den Hettstedter Arbeitern gelungen, die Wohnungen der Streikbrecher zu kennzeichnen und sie so der öffentlichen Verachtung preiszugeben.

Die Streikbrecherzahl ist in Hettstedt von 50 auf 20 heruntergedrückt worden — ähnliche Erfolge wurden im übrigen Lande erzielt.

Die Stimmung der Streikenden ist glänzend — aller Terror der Sozialfaschisten hat ihren Kampfwillen nicht geschwächt, sondern nur gestärkt.

In Gerbstedt, Wimmelburg und anderen Orten haben von sozialdemokratischen Arbeitern stark besuchte Versammlungen dem Brief der Zentralstreikleitung an die Mansfeld A.-G. zugestimmt.

Mittwoch und Donnerstag werden die Mansfelder Arbeiter vor den Landratsämtern gegen den Polizeiterror demonstrieren und die Zurückziehung der Terrortruppen fordern. — Arbeiter Mitteldeutschlands, geht solidarisch mit ihnen vor!

Reichsbannerarbeiter beim Hindenburg-Rummel vom Hindenburg-Stahlhelm zusammengehauen

(Eig. Drahtm.) **Mainz, 22. Juli.**

Am Sonntag stieg der große „Befreiungs"-Rummel in Mainz in Anwesenheit des Stahlhelmprotektors Hindenburg, des Stahlhelms, der sozialdemokratischen Reichsbannerführer sowie des Reichsbanners. Der Stahlhelm, dessen Verbot von Otto Braun auf Hindenburgs Befehl erst vor drei Tagen aufgehoben worden ist, betätigte den „Frontgeist" gegen seine Reichsbanner-Kameraden.

Zahlreiche Ueberfälle von Stahlhelmern auf Reichsbanner-Angehörige zeitigten den Erfolg, daß am Abend etwa ein Dutzend Verletzte, davon zahlreiche mit schweren Messerstichen in Brust und Rücken, auf seiten der „feiernden" Reichsbannerleute zu verzeichnen waren.

Vor dem Kurfürsten-Palais, in dem Hindenburg wohnte, standen 2000 [illegible] forderten Militär an. Die Parlamentswache ist durch ein starkes Militäraufgebot von 500 Soldaten mit Gewalt entfernt worden. **Die Immunität der Abgeordneten wurde aufgehoben.**

Verstärkt die Kampffront durch Ueberwindung ihrer Schwächen

Halle, 22. Juli.

Die fast einmütige Zurückweisung des reformistischen Verrats durch die organisierten und unorganisierten Arbeiter des Mansfelder Landes, die Tatsache, daß wir an Hand der Erfahrungen des Kampfes unseren Masseneinfluß und unsere Organisationen nicht nur festigen, sondern auf ganz neue, bisher von den Sozialfaschisten irregeführten Arbeitergruppen erstrecken, zahlreiche organisierte und selbst sozialdemokratische Arbeiter der roten Front eingliedern konnten,

diese Tatsachen beweisen aufs eindringlichste die Richtigkeit der vom Weddinger Parteitag festgelegten Linie der Partei auf Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch selbständige Führung der Massenkämpfe.

Schon heute kann gesagt werden, daß der Mansfelder Kampf einen ungeheuren Fortschritt in der politischen Klärung, Revolutionierung und Organisierung der breitesten Arbeitermassen im Mansfelder Lande und weit darüber hinaus bedeutet. Diese Festigung und Verbreiterung der revolutionären Front ist die beste Garantie für die entschlossene Weiterführung des Gegenangriffs gegen die Ausbeuteroffensive, für die Führung von Streiks auf breitester Basis weit über den Rahmen des Mansfelder Landes hinaus,

für die Organisierung des politischen Massenstreiks gegen die Kapitalsdiktatur.

Aber diese Feststellungen entheben uns nicht der Pflicht, schon heute, während des Kampfes, alle Arbeiter auf einige Schwächen unserer Front aufmerksam zu machen, damit diese Schwächen überwunden und der Kampf der Mansfelder Arbeiter erfolgreich weitergeführt werden kann.

Diese Lehren sind auch bedeutsam für die anderen Arbeiter unseres Bezirkes, die überall vor denselben Aufgaben stehen, deren Lösung Mansfeld in vorbildlicher Weise in Angriff genommen hat.

Wir müssen hier vor allem feststellen, daß — so gewaltig unser Masseneinfluß in den letzten Tagen und Wochen gestiegen ist — wir noch lange nicht alles mögliche getan haben, um diese Steigerung des Einflusses auch voll zur Geltung kommen zu lassen. Selbst im Mansfelder Lande gibt es noch Ecken, die während der ganzen bisherigen Streikdauer vernachlässigt wurden (wie etwa Augsdorf) und wo wir erst heute mit der wirklichen politischen Aus-

[illegible]eitsfront der Reaktion

Verhandlungen stehen vielmehr günstig. Sie werden fortgesetzt und voraussichtlich noch Mitte dieser Woche zum Abschluß gebracht werden."

Außerdem berichtet ein Teil der bürgerlich-demokratischen Presse, daß Brüning an eine Sammlung aller bisher hinter der Brüning-Regierung stehenden Parteien zum gemeinsamen Vorgehen im Wahlkampf denkt.

Wie die Berliner „Rote Fahne" von absolut vertrauenswürdiger Stelle weiß, haben bereits vor der Reichstagsauflösung Vorbesprechungen zwischen Hugenberg und Hitler für den Fall einer Reichstagsneuwahl stattgefunden. Für Hitler sind damals schon bestimmte finanzielle Zusicherungen und die loyale Unterstützung der Hugenberg-Presse für die NSDAP. versprochen worden.

Neue Artikel-48-Verordnungen fertig

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 22. Juli.**

Einer TU.-Meldung zufolge hat die Brüning-Regierung Hindenburg die entsprechenden Vorschläge zum Erlaß neuer Notverordnungen gemacht. Am Freitag sollen diese verkündet werden. Sie werden zweifellos noch ungeheuerlichere Raubvorschläge enthalten als das bisherige Raubprogramm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300722-10/fragment/page=0011